



Seestadt Bremerhaven  
Referat für Wirtschaft



Freie Hansestadt Bremen  
Der Senator für Wirtschaft und  
Häfen

# Durchführungsbericht 2002

für das

## Operationelle Programm URBAN II

Bremerhaven CCI n°2000.DE.16.0.PC.101

**im Lande Bremen**  
(Stadt Bremerhaven)



EUROPÄISCHE  
UNION  
Europäischer Fonds  
für regionale Entwicklung

## INHALTSVERZEICHNIS

<b>0. KURZFASSUNG</b>	<b>4</b>
<b>1. RELEVANTE ÄNDERUNGEN DER RAHMENBEDINGUNGEN</b>	<b>6</b>
1.1 AUSGANGSSITUATION UND SOZIOÖKONOMISCHE RAHMENBEDINGUNGEN	6
1.2 AUSWIRKUNGEN AUF DIE PROGRAMMDURCHFÜHRUNG	8
1.2.1 Strategie	8
1.2.2 Schwerpunkte und Maßnahmen	8
1.2.3 Finanzierung	9
<b>2. DURCHFÜHRUNGSSTAND DER SCHWERPUNKTE</b>	<b>10</b>
2.1 SCHWERPUNKT 1 – WIRTSCHAFTLICHE ENTWICKLUNG	10
2.1.1 Technologieförderung – Flaggschiffprojekt Technologie-Park	10
2.1.2 Stadtteilmanagement	15
2.2 SCHWERPUNKT 2 – ARBEITSMARKT UND SOZIALES	18
2.2.1 Qualifizierung und Existenzgründung	18
2.2.2 Soziale Maßnahmen	22
2.3 SCHWERPUNKT 3 – STÄDTEBAULICHE ERNEUERUNG UND ÖKOLOGIE	26
2.3.1 Revitalisierung Stadtteilzentrum Lehe	26
2.3.2 Entwicklung Geeste-Ufer	29
2.4 SCHWERPUNKT 4 – TECHNISCHE HILFE	30
2.4.1 Begleitung und Bewertung	31
2.4.2 Öffentlichkeitsarbeit und Erfahrungsaustausch	32
2.5 HAUPTINDIKATOREN	33
<b>3. STAND DER FINANZIELLEN ABWICKLUNG</b>	<b>34</b>
3.1 FINANZIELLE ABWICKLUNG MIT BESONDERER BEZUGNAHME AUF DIE VEREINBARTEN FINANZIELLEN INDIKATOREN UND IHRE UMSETZUNG IN PHYSISCHE ERGEBNISSE	34
3.2 ÜBERSICHT ÜBER DIE VON DER ZAHLSTELLE TATSÄCHLICH BESCHEINIGTEN AUSGABEN UND DIE VON DER KOM EMPFANGENEN ZAHLUNGEN NACH MAßNAHMEN	34
3.3 VERGLEICH DER VORAUSSCHÄTZUNGEN DER ZAHLUNGSANTRÄGE MIT DEM TATSÄCHLICHEN MITTELABFLUSS	34
<b>4. VORKEHRUNGEN ZUR SICHERUNG DER QUALITÄT UND EFFIZIENZ DER DURCHFÜHRUNG</b>	<b>36</b>
4.1 BEGLEIT- UND BEWERTUNGSMÄßNAHMEN	36
4.1.1 Datenerhebung zur Berichterstattung	36
4.1.2 Anwendung der Auswahlkriterien	36
4.1.3 Bericht aus Begleitausschuss	37

<b>4.2</b>	<b>MAßNAHMEN DER FINANZKONTROLLE</b>	<b>38</b>
<b>4.3</b>	<b>ZUSAMMENFASSUNG DER WICHTIGSTEN AUFGETRETENEN PROBLEME</b>	<b>38</b>
<b>4.4</b>	<b>MAßNAHMEN ZUR GEWÄHRLEISTUNG DER PUBLIZITÄT</b>	<b>38</b>
<b>5.</b>	<b><u>MAßNAHMEN ZUR GEWÄHRLEISTUNG DER VEREINBARKEIT MIT DEN GEMEINSCHAFTSPOLITIKEN UND DER GESAMTKOORDINIERUNG</u></b>	<b>40</b>
<b>5.1</b>	<b>WETTBEWERBSPOLITIK</b>	<b>40</b>
<b>5.2</b>	<b>ÖFFENTLICHE AUFTRAGSVERGABEN</b>	<b>40</b>
<b>5.3</b>	<b>BEITRAG ZUR EUROPÄISCHEN BESCHÄFTIGUNGSSTRATEGIE</b>	<b>40</b>
<b>5.4</b>	<b>QUERSCHNITTSAUFGABE ÖKOLOGIE</b>	<b>41</b>
<b>5.5</b>	<b>QUERSCHNITTSAUFGABE CHANCENGLEICHHEIT</b>	<b>41</b>
	<b><u>ANHANG</u></b>	<b>42</b>

## **0. Kurzfassung**

---

### **Durchführungsgrundlagen**

Fristgerecht legt die Seestadt Bremerhaven, vertreten durch das Referat für Wirtschaft, Dezernat I, in Abstimmung mit der Verwaltungsbehörde, dem Senator für Wirtschaft und Häfen, den Durchführungsbericht 2002 gemäß VO (EG) Nr. 1260/1999 des Rates vom 21.06.1999 für das Programmgebiet Bremerhaven vor.

Die Jahreschronik 2002 wurde nach zweckdienlichen Vorgaben des von der Europäischen Kommission zur Verfügung gestellten systematischen Arbeitspapiers über den jährlichen Durchführungsbericht über die Strukturfondsinterventionen erstellt. Sie enthält alle in Artikel 37 der Allgemeinen Verordnung 1260/1999 geforderten Bestandteile.

Am 16. November 2000 haben die deutschen Dienststellen einen gültigen Entwurf des Programms im Rahmen der Gemeinschaftsinitiative URBAN II für das städtische Gebiet Bremerhavens eingereicht, der mit Datum vom 23. November 2001 von der Kommission bewilligt wurde (Entscheidung K (2001) 3546). Der Ausgangspunkt für die Förderfähigkeit der Ausgaben des Programms fällt gemäß Artikel 52 Absatz 4 der VO (EG) 1260/1999 auf den 16. November 2000. Die Europäische Union ist an dem Programm mit Strukturfondsmitteln in der Höhe von 9.914.000 € beteiligt.

### **URBAN II-Programmgebiet Bremerhaven**

Das URBAN II-Fördergebiet der Seestadt beherbergt auf einer zusammenhängenden Gesamtfläche von rund 326 ha zirka 23.000 Einwohner. Die Bevölkerung ist nahezu konstant geblieben. Gleichwohl besteht auch weiterhin die Eventualität, dass ohne die nachhaltige Einleitung wirtschafts- und stadtstruktureller Aktionen sowie sozialer Maßnahmen ein Bevölkerungsschwund im Quartier zu befürchten ist. Der größte Teil des Gebietes liegt nördlich des Stadtzentrums und wird vorwiegend durch den Stadtteil Lehe mit den angrenzenden Ortsteilen Goethestraße, Twischkamp und Klushof präsentiert. Im Westen gehören Teile des so genannten Neuen Hafens zur Förderkulisse, der Süden wird durch den Flusslauf der Geeste geprägt. Neben Lehe wurden die Teilgebiete der Ortsteile Mitte-Nord und Geestemünde-Nord in die Bremerhavener Förderkulisse mit aufgenommen.

Aus den unter Punkt 1.1 (Sozioökonomische Rahmenbedingungen) zusammengefassten Erläuterungen geht hervor, dass das URBAN II-Fördergebiet auch zukünftig mit einem ganzen Bündel an einschneidenden Problemen zu ringen haben wird, die sich aus der Schwäche der programmgebietsbezogenen städtischen Strukturen einerseits, aber auch aus den offenkundigen Strukturdefiziten im regionalen Umfeld andererseits ergeben. Die massiven strukturellen Defizite Bremerhavens spiegeln sich zum einen in einem weiter voranschreitenden Beschäftigungsabbau wider. Zum anderen werden sie durch eine sehr zögerliche bzw. zurückhaltende Investitionsbereitschaft der Privatunternehmen manifest, unter der wiederum gerade die ohnehin schon ökonomisch benachteiligten Stadtgebiete, vor allem aber das Programmgebiet zu leiden hat.

Eine charakteristische Veränderung der Ausgangsdaten, gemessen an den sozioökonomischen Kontextindikatoren, fand im Berichtszeitraum allerdings nicht statt. Nichtsdestotrotz verstärken andauernde Negativentwicklungen die in der Programmplanung dargestellte prekäre Situation des Fördergebietes. Ohnedies verdient festgehalten zu werden, dass Gesamtdeutschland im Berichtszeitraum durch eine anhaltende Konjunkturschwäche geprägt war und inzwischen sogar Rezessionstendenzen mit allen ihren Folgen, insbesondere für den Arbeitsmarkt, sichtbar werden.

### **Aktivitäten im Berichtsjahr 2002**

Die Seestadt Bremerhaven fokussierte ihre Tätigkeit und die Aktivitäten im zweiten Durchführungsjahr 2002 insbesondere auf:

- die Mittelbindung von rund 8,236 Mio. € (EFRE und nationale Komplementärmittel) in der Maßnahme 1.1 und im Schwerpunkt 2,
- den Abschluss von Teilen investiver Baumaßnahmen, beispielsweise t.i.m.e.Port I (1. Bauabschnitt),
- Vorbereitungs- und Planungsmaßnahmen für die vorgesehenen investiven Maßnahmen (t.i.m.e.Port II, 2. Bauabschnitt),
- Einrichtung des Technologiepark-Managements,
- Aufbau des Stadtteilmanagements (u. a. Standortsuche, Anmietung, Tätigkeitsaufnahme im Quartier etc.),
- Konzeption, Ausschreibung und Durchführung von Projekten im Schwerpunkt 2, z. B. „Arbeit für Frauen“, „Schule im Quartier“,
- die Einleitung materieller Investitionen, wie z. B. der Start der Neu- und Umgestaltung auf dem Ernst-Reuter-Platz; Fassadenrestaurierung und -sanierung der Lessingschule; Neubau eines Gastronomie-Pavillons sowie weitere Aktionen,
- Vorbereitende Tätigkeiten zur Aufwertung der Geeste-Ufer,
- die Programmumsetzung, -durchführung und -koordinierung (insbesondere auch Ausschreibung und Beauftragung Halbzeitbewertung),
- die Information und Publizität,
- den Ausbau der partnerschaftlichen Zusammenarbeit mit den Wirtschafts- und Sozialpartnern sowie Bürgern.

## **1. Relevante Änderungen der Rahmenbedingungen**

### **1.1 Ausgangssituation und sozioökonomische Rahmenbedingungen**

Die Seestadt Bremerhaven liegt im Nordwesten an der Küste Deutschlands und ist mit einer Fläche von 77,65 km<sup>2</sup> die größte deutsche Nordseeküstenstadt. Geprägt wird die Entwicklung der Stadt vor allem durch die maritime Lage. Bremerhaven liegt im Bundesland Bremen und bildet mit der Stadt Bremen den einzigen Zwei-Städte-Staat in Deutschland. Dabei sind die beiden Städte durch eine Entfernung von gut 65 km durch niedersächsisches Gebietes voneinander getrennt. Diese Eigenheit resultiert aus der Geschichte Bremerhavens, die auch gegenwärtig noch in hohem Maße die vorhandene Stadtstruktur bestimmt.

Nach kommunaler Fortschreibung hat die Bevölkerungszahl der Seestadt Bremerhaven in der Zeit vom 30.06.2001 (119.828) bis 30.06.2002 (118.818) um 1.010 Personen (= zirka 1 Prozent) abgenommen. Während im vorgenannten Zeitraum 5.664 Personen in die Seestadt zuzogen, verließen 6.234 Einwohner das Stadtgebiet (Wanderverlust = 570).

Die Ausgangssituation und die sozioökonomische Lage im Fördergebiet haben sich im Berichtszeitraum gegenüber der Beschreibung im Operationellen Programm nicht wesentlich verändert. Von einer signifikanten Wiederbelebung der lokalen Wirtschaft kann noch nicht Rede sein. Die schwierigen Bedingungen infolge der einseitigen Ausrichtung der Wirtschaft auf nur wenige Industrie- und Dienstleistungszweige sind nach wie vor als problematisch zu betrachten. Investitionen sowohl im Rahmen von URBAN II als auch durch private Unternehmen im Programmgebiet haben allerdings schon zu ersten messbaren Ergebnissen geführt. Neben den vorhandenen, allerdings noch viel zu geringen positiven Ansätzen macht sich zumindest eine gewisse Aufbruchsstimmung im Fördergebiet breit.

**Tabelle 1: Sozioökonomische Kontextindikatoren 2001 / 2002**

Indikatoren-Set		2001		2002	
		Programm- gebiet	Gesamtstadt	Programm- gebiet	Gesamtstadt
1	Zahl der Einwohner in 1.000	23	119,2	23	118,8 *
2	Betreffende Fläche	32,60	77,63	32,60	77,63
3	Arbeitslosigkeit				
	Quote gesamt (in % bezogen auf alle Erwerbstätigen)	14,95		keine Angabe *	
	Anteil Langzeitarbeitslose in %	39,40		38,91	
4	Zahl der Unternehmen	keine Angabe	keine Angabe	keine Angabe	keine Angabe
5	Prozentsatz der von Sozialtransfer abhängigen Bevölkerung (nur Sozialhilfe und HLU)	15,90	10,35	15,90	9,41
6	Prozent der Zuwanderer / ethnischen Minderheiten / Flüchtlinge an der Gesamtbevölkerung	16,29	10,96	15,15	11,05
7	Bildung / Erziehung				
	Schulabbrecherquote (nur Anteil in % der Hauptschulabgänger)	38,10**	16,10	15,65	12,66
	Plätze in Kindergärten / Krippen per 1.000 Einwohner	25		Noch keine Angabe vorhanden	
8	Kriminalität / Sicherheit				
	Delikte pro 10.000 Einwohner		1.316		1.321
9	Demographische Situation				
	Anteil der Bevölkerung unter 19 Jhr.	17,02	19,12	17,78	20,19
	Anteil der Bevölkerung über 64 Jhr.	14,85	19,10	16,20	19,46
10	Umwelt / öffentlicher Nahverkehr				
	Anteil der Grünflächen an der Gesamtfl. in %	19,00		19,00	
	Streckenlänge Nahverkehr in km	9,20		9,20	

\* Stand 30.06.2002

\*\* Ausreißer

## 1.2 Auswirkungen auf die Programmdurchführung

### 1.2.1 Strategie

Das Operationelle Programm für die Gemeinschaftsinitiative URBAN II Bremerhaven für den Zeitraum 2000-2006 enthält eine Mittelausstattung in Höhe von knapp 19,828 Mio. €. Die Gemeinschaftsbeteiligung beläuft sich auf 9,914 Mio. €. Die Finanzierung erfolgt aus dem Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE).

Im Konsens mit den primären Entwicklungszwecken und abgeleitet aus dem Stärken-Schwächen-Profil ist der Einsatz der EU-Strukturfondsmittel im Rahmen der Gemeinschaftsinitiative URBAN II Bremerhaven im besonderen darauf gerichtet, nachstehende strategische Planziele adäquat umzusetzen:

- Stärkung des wirtschaftlichen Wohlstands und der Beschäftigung,
- Förderung der Chancengleichheit, soziale Eingliederung und Erneuerung, Stärkung der Identifikation mit dem Gebiet,
- Schutz und Verbesserung der Umwelt und Erholungsfunktion,
- Erhöhung der Wettbewerbsfähigkeit, Funktionalität und Attraktivität des Gebiets,
- Wiederbelebung historisch wertvoller Funktionen und Infrastruktur.

Der innovative Ansatz des Operationellen URBAN II-Programms beruht auf einer zielstrebigem Ausrichtung zur dauerhaften Schaffung von zusätzlichen Arbeitsplätzen im Programmgebiet, und zwar sowohl über die Schiene Existenz- bzw. Unternehmensgründungen (und deren vor- und nachgelagerten Beschäftigungseffekte) als auch über einschlägige Qualifizierungsmaßnahmen und deren positive Auswirkungen auf die Vermittlungschancen in sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse als weiteren Hauptstrang. Durch die für eine breite Öffentlichkeit sichtbare Aufwertung eines zentralen Platzes und die für diverse Aktivitäten ökologisch revitalisierten Flächen im URBAN II-Gebiet wird eine weitere Flanke des in sich schlüssigen Maßnahmenbündels, namentlich die Imageverbesserung des Quartiers, abgedeckt.

Der zentrale Mehrwert zu den Mainstream-Programmen liegt in der Brückenfunktion, die URBAN II zu vorhandenen Ansätzen der Wirtschaftsförderung, Stadtentwicklung und Arbeitsmarktpolitik bilden soll. Explizit aufgegriffen werden die Querschnittsthemen Chancengleichheit und Ökologie.

Die aktuellen Entwicklungen im Programmgebiet geben keinen Anlass zur Änderung der Programmstrategie, diese entspricht nach wie vor den Problemlagen vor Ort.

### 1.2.2 Schwerpunkte und Maßnahmen

Das Bremerhavener URBAN II-Programm umfasst die im Folgenden kurz skizzierten Schwerpunkte:

- Im Schwerpunkt 1 – Wirtschaftliche Entwicklung – werden die Maßnahmen Technologieförderung (mit dem Flaggschiffprojekt Technologiepark) und Stadtteilmanagement durchgeführt.

Hierfür sind rund 55,5 Prozent der gesamten Programmmittel vorgesehen.

- Der Schwerpunkt 2 – Arbeitsmarkt und soziale Maßnahmen – bündelt Beratungs-, Qualifizierungs-, Beschäftigungs- und soziale Maßnahmen, die sich hauptsächlich an be-



sondere Zielgruppen im Fördergebiet wenden (Arbeitslose, Sozialhilfeempfänger, Jugendliche etc.).

Für die Erfüllung dieser Aufgaben sind rund 20,7 Prozent des gesamten Programmvolumens eingeplant.

- Innerhalb des Schwerpunktes 3 – Städtebauliche Erneuerung und Ökologie – soll durch Schlüsselmaßnahmen die Revitalisierung des Stadtteilmittelpunkts und die Entwicklung der Uferzonen der Geeste gefördert werden.

Die hierfür vorgesehenen Programmmittel betragen rund 18,7 Prozent des Gesamtvolumens.

- Für den Schwerpunkt 4 – Technische Hilfe – sind ca. 5 Prozent der Finanzmittel vorgesehen.

Eine Anpassung der Programmstruktur erfolgte im Durchführungsjahr 2002 nicht.

### **1.2.3 Finanzierung**

Im Zeitraum des Berichtsjahres 2002 wurde die Finanzplanung nicht verändert. Dementsprechend ist der indikative Finanzplan des Operationellen Programms nach wie vor gültig.

## **2. Durchführungsstand der Schwerpunkte**

---

### **Beginn der Programmumsetzung**

Die so genannte Antragsvollständigkeitserklärung lag Ende 2000 vor und die Genehmigung des URBAN II-Programms Bremerhaven erfolgte dann im November 2001.

Um dem dargestellten Problemdruck und den Erwartungen der Europäischen Kommission jedoch Rechnung zu tragen, sind für die drei Schwerpunkte

1. Wirtschaftliche Entwicklung,
2. Arbeitsmarkt und Soziales,
3. Städtebauliche Erneuerung und Ökologie

bereits vor Genehmigung des Antrages auf eigenes finanzielles Risiko der Seestadt Bremerhaven und des Landes Bremen wesentliche Planungs- und Realisierungsmaßnahmen ergriffen worden, sodass unmittelbar nach Verliegen der Programmgenehmigung mit der Realisierung begonnen werden konnte. Im Schwerpunkt 1, Maßnahme Technologieförderung, wurde auf eigenes Risiko ein vorzeitiger Maßnahmebeginn durchgeführt. Dieses Unterfangen wurde der Kommission mitgeteilt und von der Kommission genehmigt.

Die hiermit verbundenen Ausgaben sind anerkennungsfähig, da sie nach der sog. Antragsvollständigkeitserklärung durch die Europäische Kommission erfolgten.

Im Einzelnen ergeben sich für die Maßnahmen im Jahr 2002 die nachfolgend im Kapitel 2.1 ff dargestellten Bearbeitungsstände.

### **2.1 Schwerpunkt 1 – Wirtschaftliche Entwicklung**

#### **Stand der Mittelbindung und -verwendung**

Insgesamt wurden Mittel in Höhe von 5.852.000 € während des Durchführungsjahrs im Schwerpunkt 1 neu gebunden. Das entspricht einem Hundertsatz von 53,08 Prozent der insgesamt für diesen Schwerpunkt zur Verfügung stehenden Finanzen von 11.024.000 €. Verausgabt wurden im Jahr 2002 2.744.000 €, was knapp 25 Prozent gleichkommt.

#### **2.1.1 Technologieförderung – Flaggschiffprojekt Technologie-Park**

Die Maßnahme 1.1 umfasst das Flaggschiffprojekt des URBAN II-Programms, welches 50 % des gesamten Finanzvolumens in Anspruch nimmt. Geplant ist die Errichtung eines Technologieparks in zwei Abschnitten (t.i.m.e.Port I und II) für Existenzgründer und spin-offs des technologieintensiven und wachstumsstarken T.I.M.E.-Bereichs. Damit sollen räumliche Entwicklungsengpässe für die Ansiedlung von Unternehmen in Bremerhaven und die Verlagerung bestehender Unternehmen (z. B. aufgrund der Auslastung des Bremerhavener Innovations- und Gründerzentrum - BRIG) beseitigt und Bedingungen für die optimale Weiterentwicklung des T.I.M.E.-Bereichs (T.I.M.E. = Telekommunikation, Informationstechnologie, Multimedia und Entertainment) in der Seestadt geschaffen werden. Die Ansiedlung von ca. 40 Unternehmen ist geplant.

Als Standort wurden Gewerbebrachen in attraktiver Lage am Hafen mit kurzer Distanz zur Innenstadt ausgewählt, die mit dem Bau des Technologieparks aufgewertet und revitalisiert werden (Umbau von rd. 2.000 m<sup>2</sup> und Neuschaffung von rd. 3.000 m<sup>2</sup> Fläche). Von der Umsetzung des Flaggschiffprojekts werden Beschäftigungseffekte für Bremerhaven in Höhe von 190 - 280 direkt geschaffenen oder gesicherten Arbeitsplätzen sowie indirekten, nicht quantifizierten Arbeitsplätzen erwartet.

Zur Technologieförderung und damit für das Flaggschiffprojekt Technologiepark ist insgesamt ein Investitionsvolumen von 10 Mio. € vorgesehen. Diese Finanzmittel sollen in den Umbau eines historischen Gebäudes (= t.i.m.e.Port I), in die Errichtung eines Neubaus (t.i.m.e.Port II) und in die Einrichtung eines Technologiepark-Managements fließen. Zuständig für die Umsetzung der Maßnahme ist die Bremerhavener Gesellschaft für Investitionsförderung und Stadtentwicklung mbH (BIS)

Im Durchführungsjahr 2002 wurden für diese Bausteine des Flaggschiffprojekts Technologiepark folgende Durchführungsstände erreicht:

### **Durchführungsstand im Berichtsjahr 2002**

#### t.i.m.e.Port I – Umbau und Herrichtung eines Altgebäudes

Um auf den großen Handlungsdruck in angemessener Zeit adäquat reagieren zu können, wurde die Initiierung des Technologieparks im Dezember 2000 mit dem Ankauf eines Gebäudes in der Schifferstraße begonnen. Die Umbauarbeiten am ehemaligen „Kaiserlichen Postgebäude“ begannen im Jahre 2001 und wurden im April 2002 fertiggestellt. Zu diesem Zeitpunkt begann auch der Einzug der ersten Mieter. Die Auslastung des t.i.m.e.Ports betrug danach schon gut 70 % und erhöhte sich bis Jahresultimo 2002 auf 87 % (Stand 31.03.2003: nahezu 100 %). Der t.i.m.e.Port wurde im Mai 2002 – zeitgleich mit dem 1. Spatenstich auf dem Ernst-Reuter-Platz (SP III) – öffentlichkeitswirksam eingeweiht.

#### t.i.m.e.Port II – Neubau

Der t.i.m.e.Port II richtet sich hinsichtlich zukünftiger Nutzer speziell an Unternehmen des Bereichs AV-/Multimedia-Produktion, für die eine entsprechende Infrastruktur bereitgestellt werden soll. Ende 2002 wurde im Rahmen einer Projektstudie eine Befragung von 22 Firmen und Organisationen durchgeführt, um räumliche und technische Nutzungsinteressen zu ermitteln.

Die Planung des zweiten Bauabschnitts des Technologieparks (t.i.m.e.Port II), die eine Neuschaffung von rd. 3.000 m<sup>2</sup> Gewerbefläche vorsieht, konnte im Berichtszeitraum entscheidend vorangetrieben werden. Noch im Jahr 2001 wurde die Denkfabrik, Bremen, mit der Aufgabe betraut, die Konzeption für den Neubau fertig zu stellen. Das Gutachten hatte eine fundierte und praxisnahe Bedarfs- bzw. Nachfrageanalyse zum Ergebnis. Diese bildete die Grundlage für die inhaltliche und technische Ausgestaltung des 2. Bauabschnitts des t.i.m.e.Ports.

Für diesen Neubau wurde im Frühjahr 2003 einem Architektenteam (Husemann – Dr. Wichmann, Braunschweig) der Auftrag erteilt. Die Vorplanung ist abgeschlossen. Bauantragsstellung erfolgte im Mai 2002. Ab Herbst 2003 soll mit den baulichen Arbeiten begonnen werden. Pfahlgründung erfolgt im September, Grundsteinlegung im Oktober, der Bezug des Gebäudes ist für den Spätsommer 2004 geplant.

Sowohl bei der Wahl des Standortes als auch bei der Gebäudeplanung fanden ökologische und Nachhaltigkeits-Aspekte Beachtung. So wird es positive Umweltauswirkungen geben, da die Ressource Boden durch Revitalisierung einer innerstädtischen Brachfläche geschont wurde. Hinzu tritt, dass durch den Neubau auch private Investitionen auf den benachbarten brachliegenden Grundstücken zu erwarten sind. Insgesamt wird die Revitalisierung von innerstädtischen Brachflächen (teilweise inkl. Altlastensanierung) erreicht und die Innenentwicklung zugunsten eines zunehmenden Flächen-/Bodenverbrauchs gestärkt. Ferner sind bei der Konzeption des Neubaus Energiesparmaßnahmen eingeplant.

#### Technologiepark-Management

Ein Kernelement des Flaggschiffprojektes ist die Einrichtung eines Technologiepark-Managements. Dieses soll die angesiedelten Existenzgründer und spin-offs u. a. bei Werbemaßnahmen unterstützen, ihre Zusammenarbeit untereinander fördern sowie durch fachliche Veranstaltungen informieren. Insbesondere durch die enge Kooperation mit dem im Be-

rechtszeitraum gestarteten Stadtteilmanagement und dem Activity-Center Lehe (ACL) soll die Vernetzung des Technologieparks mit dem restlichen Programmgebiet und den dortigen Aktivitäten sichergestellt werden, sodass Bewohner und Gewerbetreibende von der neuen Einrichtung profitieren und Synergieeffekte realisiert werden.

Damit diese Aufgabe adäquat umgesetzt werden kann, wurde durch den zuständigen Projektträger „Bremerhavener Gesellschaft für Investitionsförderung und Stadtentwicklung mbH“ (BIS) zum 1. Juli 2002 die vorgesehene Stelle des Technologiepark-Managers besetzt. Das Aufgabenspektrum konzentrierte sich im Jahr 2002 nach der nötigen Einarbeitungsfrist vor allem auf die Beratung und Unterstützung der bei Fertigstellung des Umbaus eingezogenen Unternehmen. Darüber hinaus nahm er die Öffentlichkeitsarbeit für den t.i.m.e.Port wahr, organisierte Veranstaltungen, besuchte regionale und überregionale Fachtagungen und nahm seit Amtsantritt insbesondere an den für die Programmumsetzung etablierten URBAN II-Arbeitsgruppen und an der Stadtteilkonferenz regelmäßig teil. Ferner wurde an der Ausarbeitung eines Schulprojekts w@p-Kontor Lehe, an den Vorbereitungen des Internetauftritts ([www.time-port.de](http://www.time-port.de)) sowie am Entwurf eines kleinen Flyers mitgearbeitet.

**Resultate**

<b>Output</b>	<b>Ziel</b>	<b>Ist 2002</b>
Ankauf und Umbau eines Gebäudes und weiterer Infrastrukturen für Unternehmen im Bereich T.I.M.E.	Zeitnahe Realisierung, damit die Ergebnisse und Wirkungen in Programmlaufzeit zum Tragen kommen	<p>Das Gebäude wurde zum 1. April 2002 bezugsfertig. Die öffentlichkeitswirksame Einweihung wurde taggleich mit dem 1. Spatenstich auf dem Ernst-Reuter-Platz im Mai 2002 vorgenommen, um die Aufbruchstimmung im Programmgebiet und die Schiene t.i.m.e.Port, Stadtteilmanagement, Activity-Center Lehe zu unterstreichen.</p> <p>Insgesamt 11 Unternehmen aus den Branchen Informationstechnologie, Medien, Entertainment, Windenergie sowie Strategie und Marketing beherbergte der t.i.m.e.Port I zum Jahresultimo 2002. Ein Auslastungsgrad von 87 Prozent war damit erreicht.</p> <p><i>Anm.: Inzwischen (Stand März 2003) ist der t.i.m.e.Port I fast an seine Kapazitätsgrenze gestoßen – der Auslastungsgrad beträgt fast 100 Prozent.</i></p>
Erstellen eines Gebäudes und weiterer Infrastrukturen für Unternehmen im Bereich T.I.M.E.		Die Entwurfsplanung wurde abgeschlossen.
Beratung und Unterstützung von Unternehmen im Bereich T.I.M.E. durch das Technologie-Park-Management		Das Technologiepark-Management wurde zum 1. Juli 2002 als eigenständige Stelle eingerichtet. Wesentliche Aufgaben, die zuvor noch durch die Trägergesellschaft BIS wahrgenommen wurden, werden seitdem durch den Technologieparkmanager (z. B. Betreuung der eingezogenen Mieter – 11 Unternehmen bis Jahresultimo) erledigt.
<b>Ergebnis</b>	<b>Ziel</b>	<b>Ist 2002</b>
umgebaute Fläche	rd. 2.000 m <sup>2</sup>	<p>Insgesamt wurde eine Fläche von 2.700 m<sup>2</sup>* umgebaut und hergerichtet.</p> <p>* 2.700 m<sup>2</sup> (= mit Kellerräume; ohne = 2.200 m<sup>2</sup>) wurden hergerichtet, wovon 1.400 m<sup>2</sup> vermietbar sind.</p>
neugeschaffene Fläche	rd. 3.000 m <sup>2</sup>	0

<p>⇒ Zahl Betriebe der Betriebe nach Branchen (T.I.M.E.) insgesamt:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- davon (Zuordnung nach Schwerpunkt der Tätigkeit):</li> <li>• Telekommunikation</li> <li>• Informationstechnologie</li> <li>• Medien</li> <li>• Entertainment</li> <li>• Sonstige Technologie-schwerpunkte</li> <li>• Betriebe ohne Technologie-ausrichtung</li> </ul>	<p>rd. 40 Betriebe</p>	<p><b>11</b></p> <p>0</p> <p>6</p> <p>2</p> <p>0</p> <p>3 (= 2 x Windenergie; 1 x „Strategie und Marketing“)</p> <p>0</p>
<p>⇒ Neugründungen</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- Darunter Anzahl der Neugründungen von Frauen / mit Beteiligung von Frauen (Geschäftsführung)</li> </ul>		<p><b>3</b></p> <p><b>1</b></p>

Wirkung	Ziel	Ist 2002
<p>⇒ Zahl geschaffener und gesicherter Arbeitsplätze</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Anzahl der neu geschaffenen Arbeitsplätze, davon: <ul style="list-style-type: none"> <li>Frauen: 6</li> <li>Männer: 16</li> </ul> </li> <li>• Anzahl der gesicherten AP, davon: <ul style="list-style-type: none"> <li>Frauen: 9</li> <li>Männer: 27</li> </ul> </li> <li>Ausbildungsplätze, davon: <ul style="list-style-type: none"> <li>Frauen: 1</li> <li>Männer: 2</li> </ul> </li> </ul>	<p>direkt 190 – 280 indirekt k. A.</p>	<p>61 (Insgesamt)</p> <p>22</p> <p>39</p> <p>3</p> <p>5 (= Windenergiebranche, Sonstige)</p>
<p>Zahl weiterer Ansiedlungen im Umfeld des Zentrums (private Investitionen)</p>	<p>—</p>	<p>5 (= Windenergiebranche, Sonstige)</p>

### Stand der Mittelbindung und -verwendung

Ein Großteil der Ausgaben erfolgte auf eigenes finanzielles Risiko der Seestadt Bremerhaven und des Landes Bremen, da zwar die sog. Antragsvollständigkeitserklärung durch die Europäische Kommission vorlag (Nov. 2000), nicht jedoch die Programmgenehmigung (Nov. 2001).

Für Umbaumaßnahmen beim t.i.m.e.Port I, der Planung des Neubaus sowie den gezeigten Aktivitäten im Rahmen des Technologiepark-Managements wurden im Berichtsjahr 2002 rd. 2.658.680 Mio. € verausgabt. Bezogen auf die insgesamt für diese Maßnahme zur Verfügung stehende Investitionssumme entspricht dieser Betrag einem Hundertsatz von rd. 26,6. Während im *Durchführungsjahr 2001* rd. 4,376 Mio. € gebunden waren (was bezogen auf die insgesamt verfügbaren Mittel einem Prozentsatz von knapp 44 Prozent entsprach), wurde im Durchführungsjahr 2002 ein Mittelbindungsgrad von 100 Prozent erreicht. Das entspricht dem genehmigten Betrag von 10 Mio. € für das gesamte Programm.

### **Durchführungsbedingungen und Problemstellungen**

Bisher sind bei der Durchführung der Maßnahme durch die beteiligten Stellen keine gravierenden Probleme festgestellt worden.

Eine zeitliche Verzögerung hat es bei der Planung des Neubaus durch eine neuerliche Beauftragung eines anderen Anbieters gegeben, da der ursprünglich ausgewählte Insolvenz anmeldete. Ferner traten Verzögerungen auf, weil aufgrund des EU-weiten Architekten-Wettbewerbs eine Vielzahl von Bewerbungen eintrafen, die gesichtet und ausgewertet werden mussten. Beide Problemkreise wurden allerdings in der Zwischenzeit durch den Träger behoben.

### **2.1.2 Stadtteilmanagement**

Neben der Technologieförderung umfasst der Schwerpunkt 1 die Maßnahme Stadtteilmanagement. Die Einrichtung des Stadtteilmanagements dient zur wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Regeneration des Programmgebiets. Aufgabe des Stadtteilmanagements ist es, die Gewerbetreibenden und Bewohner am Ort bei der Identifizierung, Formulierung und Lösung ihrer quartiersbezogenen Problemlagen zu unterstützen und daraus erfolgende Initiativen zielgerichtet zu beraten und zu koordinieren. Dauerhaft werden davon eine Imageverbesserung des Fördergebiets nach außen sowie eine Erhöhung der Identifikation mit dem Quartier nach innen erhofft. Zuständig für die Umsetzung dieser Maßnahme ist das Referat für Wirtschaft der Seestadt Bremerhaven.

### **Durchführungsstand im Berichtsjahr 2002**

Aus der Vielzahl der Bewerbungen, die zum Jahresanfang vorlagen, wurde eine geeignete Persönlichkeit für die Aufgabe der Stadtteilmanagerin ausgewählt. Organisatorisch ist diese Position dem Referat für Wirtschaft zugeordnet. Anfang April 2002 nahm die Stadtteilmanagerin ihren Dienst auf; sie wurde zunächst in den Räumen des RfW untergebracht und wechselte nach kurzer Verweildauer in die zum 1. Juni angemieteten und im Innenbereich umgestalteten Räumlichkeiten in der Hafestraße in Bremerhaven Lehe. Die angemieteten Büroräume, die sich im Herzen des Programmgebiets befinden, teilt das Stadtteilmanagement mit dem Activity-Center Lehe (ACL; siehe auch Schwerpt. 2). Die Unterkunft, die in der ersten Juniwoche 2002 bezogen wurde, hat sich für den beabsichtigten Zweck als gute Standortwahl erwiesen. Die Einweihung des so genannten LIZ (= „Leher Informations-, Innovations- und Integrations-Zentrums“) erfolgte im August 2002 unter Beteiligung aller URBAN II-Akteure aus dem Fördergebiet. Auch maßgebliche politische Repräsentanten von Land und Stadt nahmen hieran teil, um die Bedeutung der Einrichtung zu unterstreichen.

Sofort mit Amtsantritt nahm die Stadtteilmanagerin ihre Tätigkeit – zuerst vom RfW, dann vom LIZ aus – im Programmgebiet auf. Den Kern der Arbeiten bildete anfangs die Kontaktaufnahme mit den Bewohnern und Gewerbetreibenden im Quartier. Dieses Unterfangen wurde sowohl über Pressemitteilungen als auch über den Aufbau von Kontakten zu Leher Gewerbetreibenden, Kirchen, Gastronomen, Bürgervereinen, Künstlern, Kinder- und Ju-

gendeinrichtungen, Parteien, städtischen Ämtern, Polizei, Schulen, Senioren, Medien usw. erreicht. Ausdrücklich nahm die Stadtteilmanagerin (ab dem 17.04.2002) an sämtlichen Sitzungen der Stadtteilkonferenz Lehe, dem Organ der Bürgervertretung, aktiv teil und protokollierte in der Regel die Sitzungen.

Ferner besuchte die Stadtteilmanagerin 30 Unterredungen von Organisationen und Arbeitskreisen der zuvor genannten Zielgruppen. An den Zusammenkünften von sechs Arbeitskreisen nahm sie beständig teil (= „Werbekreis Lehe“, „Runder Tisch Gastronomen“, „Runder Tisch Schaustellerverband“, „Arbeitskreis Haus- und Wohnungseigentümer“, „Arbeitskreis Kultur in Lehe“ und „Arbeitskreis Veranstaltungen in Bremerhaven“).

Für die Bremerhavener Großveranstaltung, dem sog. „Basar Maritim“, organisierte das Stadtteilmanagement gemeinsam mit dem Stadtplanungsamt, dem Umweltschutzamt, dem Gartenbauamt sowie dem RfW und allen anderen URBAN-Beteiligten einen eigenen Ausstellungsstand im Zelt „Europa der Nationen“. Für die Auftaktveranstaltung, namentlich der „Nacht der Wirtschaft“, wurden eine stattliche Anzahl Gewerbetreibender eingeladen. Überdies fand ein Meeting für Frauen, die im Programmgebiet leitende Funktionen in öffentlichen Einrichtungen wahrnehmen, statt. Des Weiteren beteiligte sich das Stadtteilmanagement gemeinsam mit dem ACL an der einmal jährlich stattfindenden Großveranstaltung „Butjermarkt“ in Form eines Tages der „Offenen Tür“ im LIZ.

Des Weiteren startete das Stadtteilmanagement die Beratungsarbeit im LIZ. Mithilfe von persönlichen Gesprächen wurden Kontakte zu 179 Betrieben, 27 Bürgern und 47 Institutionen hergestellt. Es erfolgte bei 92 Gewerbetreibende und 20 Bürger in speziellen quartiersbezogenen Problemen eine Beratung. Zusätzlich wurden mit 13 Institutionen Kooperationen aufgebaut.

Neben der Kontaktpflege und der Beratung wurden durch das Stadtteilmanagement auch 11 öffentlichkeitswirksame Projekte und Aktionen veranlasst, abstimmt und unterstützt. Dazu zählten u. a. mit hohen Teilnehmerzahlen (150-1.000 TeilnehmerInnen):

- die Veranstaltung zum symbolischen 1. Spatenstich auf dem Ernst-Reuter-Platz,
- die Einweihung des Leher Informationszentrums (LIZ),
- die Ausstellung „Laden-Hüter“ als Gemeinschaftsprojekt des ACL, des Stadtteilmanagements, des Kultur- und des Schulamtes der Seestadt Bremerhaven, des Werbekreises Lehe, des Freundeskreises *Paul Ernst Wilke* und der Stäwog,
- die Aktion „*Kunst und Kommerz*“ des Werbekreises Lehe und dem Stadtteilmanagement,
- die Aktion „Lehe macht Licht an“ zur Präsentation der restaurierten Lessingschule am Ernst-Reuter-Platz.

Im Durchführungsjahr wurden vom Stadtteilmanagement 5 Neuansiedlungen (3 im Einzelhandel und 2 im Dienstleistungsbereich) im Stadtteil Lehe wahrgenommen.

Im Spätsommer 2002 wurde zudem die Ausschreibung für die Image-Kampagne gestartet, die nach der Beauftragung bis zum Jahr 2006 laufen wird.



## Resultate

Output	Ziel	Ist 2002
Beratung und Unterstützung von Gewerbetreibenden durch das Stadtteilmanagement	zeitnahe Realisierung	Mit Aufnahme der Tätigkeit des Stadtteilmanagement im April 2002 begann die Beratung und Unterstützung der im Programmgebiet angesiedelten Gewerbetreibenden.

Ergebnis	Ziel	Ist 2002
Anzahl der erreichten Betriebe (insbesondere Kleinst- und Kleinbetriebe) <b>insgesamt:</b> darunter: - Produzierendes Gewerbe: - Handel: - Unternehmensorientierte Dienstleistungen: - Sonstige Dienstleistungen:	<b>ca. 40 – 50</b>	<b>179</b>  1 97  1 80
Anzahl der unterstützten • Projekte • Veranstaltungen	ca. 30 – 40	23 6 17
Anzahl der erreichten Bürger und Institutionen, darunter: • Bürger (persönliche Gespräche): • Institutionen (persönliche Gespräche):	ca. 100 – 150	74  27 47

Wirkung	Ziel	Ist 2002
Geschaffene/gesicherte Arbeitsplätze	—	—
Neuansiedlungen im Stadtteil/Entwicklung der gewerblichen Flächen	ca. 8 – 10 sonstige ca. 10	0
Umsatzerhöhung in den angesiedelten/berateten Betrieben in % (2 Jahre nach Abschluss der Maßnahme)	—	Dieser Indikator ist nur unter erheblichen Einschränkungen erfass- bzw. messbar u. zudem wenig aussagefähig. Die Erhebung sollte nicht weiterverfolgt werden.

### Stand der Mittelbindung und -verwendung

Während im *Berichtszeitraum 2001* noch keine Mittelausgabe erfolgte, waren bereits die insgesamt zur Verfügung stehenden Mittel in Höhe von 1,024 Mio. € vollständig gebunden. Im Durchführungsjahr 2002 wurden fast 86.000 € verausgabt. Bezogen auf die insgesamt für diese Maßnahme zur Verfügung stehende Summe entspricht dieser Betrag einem Hundertsatz von ca. 8 Prozent.

### Durchführungsbedingungen und Problemstellungen

Im Berichtszeitraum sind durch die beteiligten Stellen keine nennenswerten Probleme festgestellt worden.

## **2.2 Schwerpunkt 2 – Arbeitsmarkt und Soziales**

Für die Koordinierung innerhalb des Schwerpunktes 2 ist der Senator für Arbeit, Frauen, Gesundheit, Jugend und Soziales (SfAFGJS) des Landes Bremen verantwortlich. Im Rahmen einer generellen Umstrukturierung seiner Zuständigkeiten hat der Senator einen bedeutenden Teil seiner Aufgaben bei der Umsetzung von Programmen auf zwei Gesellschaften übertragen. Für die Seestadt Bremerhaven ist dies grundsätzlich die Mitte 2001 institutionalisierte Bremerhavener Arbeit GmbH (BRAG).

Die Geschäftsführung der BRAG wurde mit Wirkung zum 09.07.2001 bestellt. Die Gesellschaft wurde damit handlungsfähig gemacht. Bereits vor diesem Zeitpunkt und vor Genehmigung des Antrages hat sich die Geschäftsführerin, die in alter Funktion als Vertreterin des Arbeitsamtes Bremerhaven tätig war, im Rahmen von URBAN II an Planungs- und Realisierungsmaßnahmen beteiligt.

Im Verlauf des Jahres 2002 wurden weitere wichtige konzeptionelle Vorarbeiten für die geplanten Aktivitäten gemacht. Die BRAG war durch ihre Geschäftsführerin in allen für die Umsetzung des Programms relevanten Sitzungen der entsprechenden Gremien vertreten. Weiterhin wurden in dieser Zeit innerhalb der Gesellschaft die inhaltlichen, organisatorischen und personellen Voraussetzungen geschaffen, um die geplanten Projekte und im Berichtszeitraum in Gang gesetzten Projekte zügig umsetzen zu können.

Sämtliche geplanten Projekte werden durch einen Wettbewerbsaufruf bekannt gemacht, um allen potenziellen Anbietern gleiche Startchancen zu ermöglichen.

### **Stand der Mittelbindung und -verwendung**

Im Berichtszeitraum erfolgte im Schwerpunkt 2 insgesamt eine Mittelbindung in Höhe von rund 2.384.000 €. Das entspricht bezogen auf die zur Verfügung stehende Gesamtsumme von 4.104.000 € einem Mittelbindungsgrad von gut 58 Prozent. Verausgabt wurden im Schwerpunkt 2 insgesamt knapp 285.000 €, was nahezu 7 Prozent der Gesamtsumme ausmacht.

### **2.2.1 Qualifizierung und Existenzgründung**

Die Maßnahme 2.1 zielt ursächlich auf die Reduzierung der Arbeitslosigkeit im Programmgebiet. Sie umfasst die Einrichtung des Activity Center Lehe (ACL) zur Vernetzung der im Programmgebiet geplanten Qualifizierungsmaßnahmen und Existenzgründungsberatungen als eigenständiges Projekt. Zur Sicherung eines in erster Linie niederschweligen Zutritts für die Betroffenen wurde die Tätigkeit des ACL aus den Strukturen von Arbeits- und Sozialamt herausgelöst.

Die Zielgruppe dieser Tätigkeiten sind sowohl benachteiligte Bewohner als auch die Gewerbetreibenden am Ort. Für sie werden individuell und bedarfsgerecht Beratungs- und Qualifizierungskonzepte angefertigt. Ferner hat das ACL die Obliegenheit, Beratungen und Maßnahmen zur Förderung der Existenzgründung anzubieten bzw. zu koordinieren. Langfristig soll damit zur Stärkung der lokalen Ökonomie und zur Schaffung von Arbeitsplätzen im Programmgebiet beigetragen werden. Gemeinsam mit dem Stadtteil- und t.i.m.e.Port-Management realisiert das ACL die Synergien aus der Verknüpfung des Technologieparks mit dem Fördergebiet.

Im Rahmen dieser Maßnahmen sollen weitere Projekte dafür sorgen, dass 120 Personen mit Schwergewicht auf IuK-spezifischem Know-how qualifiziert werden. Daneben wird die Entwicklung bedarfsgerechter Qualifizierungs- und Beratungsangebote für die Gewerbetreibenden bezweckt, um die Wiederbelebung der Subzentren Hafenstraße und Alte Bürger zu för-

dern. Um den Anteil der Beteiligung von Frauen am Erwerbsleben zu aufstocken, ist eine 50%ige Beteiligungsquote von Frauen bei allen Qualifizierungsmaßnahmen geplant.

Darüber hinaus wurde für die Maßnahme die Zielvorgabe formuliert, rd. 200 Personen in sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse zu vermitteln.

### **Durchführungsstand „Activity-Center Lehe“ (ACL) im Berichtsjahr**

Am 1. Juni 2002 hat das ACL mit Sitz im LIZ seine Beratungs- und Qualifizierungsarbeit aufgenommen. Der Maßnahmeträger ist das Arbeitsförderungs-Zentrum im Lande Bremen GmbH (AFZ). Im Berichtszeitraum wurden 125 Beratungen durchgeführt und 23 Teilnehmer/Innen qualifiziert. 37 Arbeitslose konnten in den ersten Arbeitsmarkt vermittelt werden, 15 davon aufgrund von Beratungen sowie 22 durch Qualifizierungen. Bei der Beratungsarbeit des ACL steht die Entwicklung individueller Konzepte, welche die Fähigkeiten, die Interessen und die Lebenssituation der Ratsuchenden berücksichtigen, im Zentrum. Sie werden bei der Anfertigung von Bewerbungsunterlagen und -gesprächen unterstützt sowie langfristig bei der Arbeitssuche betreut.

Im Rahmen der Beratungen wurden bislang 20 an einer Existenzgründung in den Bereichen Einzelhandel, Wellness, Gastronomie und Büroservice Interessierte aus dem Fördergebiet beraten. Um die Zielerreichung von 60 Gründungen im Programmzeitraum zu erreichen, wurde die Beratungspräsenz von einem Tag auf zwei Tage erhöht.

Im Durchführungsjahr 2002 wurde vom ACL ebenso das Motivationstraining „Neue Wege gehen“ als niederschwelliges Angebot für SozialhilfeempfängerInnen entwickelt. Das Konzept hierfür wurde angesichts folgender empirischer Erfahrung konzipiert: Viele SozialhilfeempfängerInnen des Programmgebiets besitzen kaum oder keine Berufserfahrung und sehen daher für sich geringe bis keine Möglichkeiten auf dem Arbeitsmarkt. Im Zuge des Trainings soll zunächst die jeweilige Lebenssituation analysiert, vorhandene Fertigkeiten und Interessen ermittelt sowie das Selbstwertgefühl gekräftigt werden. Auf diesem Fundament setzen dann die individuell gestalteten Trainingsmaßnahmen an.

Das Motivationstraining „Neue Wege gehen“ wird vom Maßnahmeträger, dem AFZ, als Erfolg beurteilt, da eine bisher nicht erreichte Zielgruppe aktiviert werden wird. Häufig kommen die TeilnehmerInnen aus so genannten Multiproblemfamilien, bei denen zunächst die familiäre Situation zu ergründen ist, bevor sie in entsprechende Maßnahmen vermittelt werden können. Der Kerngedanke der Maßnahme ist, in beratender Weise vorzugehen und Sanktionen und die damit einhergehende Frustrationen bei den TeilnehmerInnen zu vermeiden.

Mit der Einrichtung des ACL inmitten des Programmgebiets konnte die Hemmschwelle, Beratungen zur Arbeitssuche wahrzunehmen, bei den Endbegünstigten teilweise abgebaut werden. Der Maßnahmeträger konnte im Rahmen der URBAN-Maßnahmen eine sich stetig entwickelnde Aufbruchstimmung bei den Gewerbetreibenden des Fördergebietes feststellen. Partiiell ist diese auch bei den Arbeitssuchenden schon zu verspüren, vor allem aber haben der Aufbau des ACL und seiner Angebote in der Bevölkerung den Eindruck vermittelt, dass man sich mithilfe von URBAN II der offenkundigen Probleme gezielter annimmt.

### **Durchführungsstand des Projekts „Arbeit für Frauen“ im Berichtsjahr**

Das Projekt „Arbeit für Frauen“, das im September 2002 begann, sollte neue berufliche Perspektiven eröffnen sowie die Vermittlung von Sozialhilfeempfängerinnen in primär sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse des 1. Arbeitsmarktes realisieren. Die besonderen Lebensumstände der Frauen wurden von der Wirtschafts- und Sozialakademie der Arbeitnehmerkammer Bremen GmbH, die als Träger fungierte, berücksichtigt. Es wurde eine gezielte Unterstützung bei der Organisation von Kinderbetreuungsmöglichkeiten in enger Zusammenarbeit mit den Leher Kindertagesstätten angeboten, denn bei 14 von den 16 Teilnehmerinnen im Alter zwischen 21 und 46 Jahren handelte es sich um allein erziehende Mütter mit einem bis zu fünf Kindern. Aus diesem Grund waren auch frauen- und familien-

gerechte Unterrichts- und Praktikumzeiten ebenso wichtig wie die Erprobung von flexiblen Arbeitszeitmodellen. Außerdem bekamen die Teilnehmerinnen Unterstützung bei der Vorstellung in den Betrieben, die möglichst wohnortnah ausgesucht wurden.

Der Qualifizierungsprozess war modular in drei Phasen strukturiert. Die Module konnten den Projektphasen schwerpunktmäßig wie folgt zugeordnet werden:

- fachübergreifende Module der einmonatigen Orientierungsphase z. B. EDV, Berufswahl,
- allgemein bildende Module der zweimonatigen Qualifizierungsphase z. B. Mathe, Deutsch, Wirtschaftskunde,
- berufsbezogene, fachspezifische Module begleitete das dreimonatige Praktikum (Handel, Gastronomie, Verkauf, Büro etc.).

Die individuellen Bildungsbedarfe der Sozialhilfeempfängerinnen und die formulierten Anforderungen der Betriebe bildeten den inhaltlichen Rahmen für die flexibel zu gestaltenden Qualifizierungsmodule. Für alle Teilnehmerinnen wurden Praktika ermöglicht, zwei Teilnehmerinnen konnten im t.i.m.e.Port untergebracht werden.

Eine enge Zusammenarbeit erfolgte mit dem Bremerhavener Sozialamt, den Schulen, Kindertagesstätten und Gewerbetreibenden aus dem Programmgebiet. Das Projekt verstand sich somit als Teil eines stadtteilbezogenen Netzwerkes. Dadurch konnten Synergien geschaffen und eine positive Identifizierung der 16 Teilnehmerinnen mit ihrem Stadtteil gefördert werden, z. B. durch Teilnahme an der „Stadtteilkonferenz Lehe“.

**Resultate**

<b>Output</b>	<b>Ziel</b>	<b>Ist 2002</b>
Durchführung von Beratungs- und Qualifizierungsmaßnahmen sowie Förderung von Existenzgründungen	—	Anzahl der Beratungen: 125 Anzahl der Qualifizierungen: 40 [= 23 + 17 (1 Abbruch)] Anzahl der Existenzgründungsförderungen: 0

<b>Ergebnis</b>	<b>Ziel</b>	<b>Ist 2002</b>																																																																		
Anzahl der durchgeführten Projekte	—	2																																																																		
Teilnehmer/innen, Gründer/innen nach - Geschlecht - Alter - Bildungsstand - Dauer Arbeitslosigkeit	Qualifizierung von 120 Personen Vermittlung von rd. 200 Personen Beteiligung von Frauen in Höhe von rd. 50 % an den Qualifizierungsmaßnahmen	<p>• <b>Teilnehmer: 142</b> davon: Frauen: 89                      Männer: 53</p> <p><b>Altersklassen (in Jahren):</b></p> <table> <tr><td>&lt;20 - &lt; 25:</td><td>16</td></tr> <tr><td>25 - &lt; 30:</td><td>16</td></tr> <tr><td>30 - &lt; 35:</td><td>31</td></tr> <tr><td>35 - &lt; 40:</td><td>22</td></tr> <tr><td>40 - &lt; 45:</td><td>24</td></tr> <tr><td>45 - &lt; 50:</td><td>17</td></tr> <tr><td>50 - &lt; 55:</td><td>12</td></tr> <tr><td>&gt;55 Jahre:</td><td>4</td></tr> </table> <p><b>Bildungsstand:</b></p> <p><u>Höchster vor Maßnahmebeginn erreichter Schulabschluss (Anzahl):</u></p> <table> <tr><td>1 = ohne Hauptschulabschluss:</td><td>3</td></tr> <tr><td>2 = mit Hauptschulabschluss (ohne mittleren Abschluss):</td><td>74</td></tr> <tr><td>3 = mit mittleren Abschluss (ohne FH-Reife):</td><td>27</td></tr> <tr><td>4 = mit Fachhochschulreife (ohne Hochschulreife):</td><td>4</td></tr> <tr><td>5 = mit Abitur bzw. Hochschulreife:</td><td>11</td></tr> <tr><td>6 = nicht zuzuordnen / nicht zuzuordnender Abschluss im Ausland:</td><td>0</td></tr> <tr><td>7 = sonstiges:</td><td>23</td></tr> <tr><td>8 = keine Angaben:</td><td>0</td></tr> </table> <p><u>Höchster vor Maßnahmebeginn erreichter Bildungsabschluss (Anzahl):</u></p> <table> <tr><td>1 = betriebliche/außerbetriebliche Berufsausbildung (Lehre):</td><td>53</td></tr> <tr><td>2 = Berufsfachschule:</td><td>1</td></tr> <tr><td>3 = Fachschule (z. B. Meister):</td><td>1</td></tr> <tr><td>4 = Fachhochschule:</td><td>3</td></tr> <tr><td>5 = Universität:</td><td>2</td></tr> <tr><td>6 = nicht zuzuordnen/ nicht zuzuordnender Abschluss im Ausland:</td><td>2</td></tr> <tr><td>7 = sonstiges:</td><td>74</td></tr> <tr><td>8 = keine Angaben:</td><td>6</td></tr> </table> <p><u>Dauer der Arbeitslosigkeit (Anzahl der Teilnehmer):</u></p> <table> <tr><td>0</td><td>2</td></tr> <tr><td>&lt; 1 Monat:</td><td>4</td></tr> <tr><td>1 - &lt; 3:</td><td>2</td></tr> <tr><td>3 - &lt; 6:</td><td>19</td></tr> <tr><td>6 - &lt; 9:</td><td>11</td></tr> <tr><td>9 - &lt; 12:</td><td>8</td></tr> <tr><td>12 - &lt; 24:</td><td>12</td></tr> <tr><td>24 - &lt; 36:</td><td>14</td></tr> <tr><td>&gt; 36 Monate:</td><td>70</td></tr> </table>	<20 - < 25:	16	25 - < 30:	16	30 - < 35:	31	35 - < 40:	22	40 - < 45:	24	45 - < 50:	17	50 - < 55:	12	>55 Jahre:	4	1 = ohne Hauptschulabschluss:	3	2 = mit Hauptschulabschluss (ohne mittleren Abschluss):	74	3 = mit mittleren Abschluss (ohne FH-Reife):	27	4 = mit Fachhochschulreife (ohne Hochschulreife):	4	5 = mit Abitur bzw. Hochschulreife:	11	6 = nicht zuzuordnen / nicht zuzuordnender Abschluss im Ausland:	0	7 = sonstiges:	23	8 = keine Angaben:	0	1 = betriebliche/außerbetriebliche Berufsausbildung (Lehre):	53	2 = Berufsfachschule:	1	3 = Fachschule (z. B. Meister):	1	4 = Fachhochschule:	3	5 = Universität:	2	6 = nicht zuzuordnen/ nicht zuzuordnender Abschluss im Ausland:	2	7 = sonstiges:	74	8 = keine Angaben:	6	0	2	< 1 Monat:	4	1 - < 3:	2	3 - < 6:	19	6 - < 9:	11	9 - < 12:	8	12 - < 24:	12	24 - < 36:	14	> 36 Monate:	70
<20 - < 25:	16																																																																			
25 - < 30:	16																																																																			
30 - < 35:	31																																																																			
35 - < 40:	22																																																																			
40 - < 45:	24																																																																			
45 - < 50:	17																																																																			
50 - < 55:	12																																																																			
>55 Jahre:	4																																																																			
1 = ohne Hauptschulabschluss:	3																																																																			
2 = mit Hauptschulabschluss (ohne mittleren Abschluss):	74																																																																			
3 = mit mittleren Abschluss (ohne FH-Reife):	27																																																																			
4 = mit Fachhochschulreife (ohne Hochschulreife):	4																																																																			
5 = mit Abitur bzw. Hochschulreife:	11																																																																			
6 = nicht zuzuordnen / nicht zuzuordnender Abschluss im Ausland:	0																																																																			
7 = sonstiges:	23																																																																			
8 = keine Angaben:	0																																																																			
1 = betriebliche/außerbetriebliche Berufsausbildung (Lehre):	53																																																																			
2 = Berufsfachschule:	1																																																																			
3 = Fachschule (z. B. Meister):	1																																																																			
4 = Fachhochschule:	3																																																																			
5 = Universität:	2																																																																			
6 = nicht zuzuordnen/ nicht zuzuordnender Abschluss im Ausland:	2																																																																			
7 = sonstiges:	74																																																																			
8 = keine Angaben:	6																																																																			
0	2																																																																			
< 1 Monat:	4																																																																			
1 - < 3:	2																																																																			
3 - < 6:	19																																																																			
6 - < 9:	11																																																																			
9 - < 12:	8																																																																			
12 - < 24:	12																																																																			
24 - < 36:	14																																																																			
> 36 Monate:	70																																																																			

Anzahl der Existenzgründungsförderungen insgesamt: und nach Branchen (Anzahl)	—	—
- Produzierendes Gewerbe:		
- Handel:		
- Unternehmensorientierte Dienstleistungen:		
- Sonstige Dienstleistungen:		

Wirkung	Ziel	Ist 2002
Reduzierung der Arbeitslosenquote im Stadtteil um x %	Vorab nicht quantifizierbar; keine Angaben möglich	Die TeilnehmerInnen-Anzahl kann keinen signifikanten Einfluss auf die Arbeitslosenquote haben. Daher wird eine Streichung des Indikators empfohlen.
Anteil der vermittelten Arbeitslosen in den ersten Arbeitsmarkt an den Beratenen / Qualifizierten	200 Personen in sozialversicherungspflichtige Beschäftigung	Anzahl vermittelter Arbeitsloser in den ersten Arbeitsmarkt Insgesamt: <b>37</b> davon: Beratene (erfolgreiche Beratungen) <b>15</b> Teilnehmer an Qualifizierungsmaßnahmen (erfolgreiche Qualifizierungen): <b>22</b> Sonstige: <b>0</b>
Zahl der geschaffenen Arbeitsplätze (Existenzgründung nach Geschlecht)	Vorab nicht quantifizierbar; keine Angaben möglich	—
Anzahl der wirtschaftlich noch aktiven Unternehmen nach 1-5 Jahren nach Existenzgründung (= Datum der Gewerbebeanmeldung)	Vorab nicht quantifizierbar; keine Angaben möglich	—

### Stand der Mittelbindung und -verwendung

Bei der Maßnahme 2.1 wurde ein Mittelbindungsgrad von absolut ca. 1.924.000 (= rd. 58 Prozent) erreicht. Für die Maßnahme 2.1 wurden im Berichtsjahr fast 242.000 € verausgabt. Das entspricht ca. 7,3 Prozent.

### Durchführungsbedingungen und Problemstellungen

Im Berichtszeitraum sind durch die beteiligten Stellen keine Probleme festgestellt worden.

#### 2.2.2 Soziale Maßnahmen

Die Maßnahme 2.2 widmet sich der Behandlung gravierender sozialer Probleme im Programmgebiet. Zielgruppen sind Kinder und Jugendliche sowie ehemalige Drogenabhängige und Substituierte.

Die Aktionen im Rahmen der geplanten Kinder- und Jugendsozialarbeit sind auf die Verbesserung der Lebenssituation im Programmgebiet gerichtet. Dabei geht es speziell um den Ausbau der Freizeitbetreuung sowie um Bildungsangebote für die schulische und berufliche Qualifikation. Auch hier spielt der Zugang zu modernen IuK-Technologien eine bedeutsame Rolle. Mittels der Maßnahme soll die Jugendkriminalität verringert und ein Abgleiten in die Drogensucht abgewendet werden. En passant sollen die existenten Netzwerke der Institutionen der Kinder- und Jugendsozialarbeit verstärkt und weiterentwickelt werden.

Eine weitere Zielsetzung der Maßnahme 2.2 ist die soziale und berufliche Integration von ehemalige Drogenabhängigen und Substituierten. Dabei stehen Beratungsangebote und arbeitsmarktpolitische Maßnahmen wie Qualifizierungsmaßnahmen und niederschwellige Beschäftigungsprojekte im Mittelpunkt. In diesem Kontext sollen 2-3 Projekte mit ca. 30 Teilnehmern durchgeführt werden, bei denen eine Frauenquote von 50 % angestrebt wird. Alles in allem sollen innerhalb der Maßnahme 2.2 zirka 100 Personen (davon rd. 80 Kinder und Jugendliche) betreut werden.

Die Maßnahme soll in der langen Frist einen Betrag zur Reduzierung der Quote von Sozialhilfebeziehern und der Wanderungsquote im Fördergebiet beisteuern.

### **Durchführungsstand des Projekts „Schule im Quartier“ im Berichtsjahr**

Im Rahmen der Maßnahme 2.2 wurde das Projekt „Schule im Quartier“ ins Leben gerufen, das sich an Kinder und Jugendliche, deren Eltern und Lehrer richtet. Der Träger des Projektes, das sich in vier Teilprojekte aufgliedert, ist seit dem 15. Oktober 2002 das Arbeitsförderungs-Zentrum im Lande Bremen GmbH (AFZ).

Ein „Pädagogischer Mittagstisch“ knüpft an die erkannte Mangel- und Unterernährung von Kindern und Jugendlichen im Quartier an. Er beinhaltet die Bereitstellung von täglich 100 Mittagessen im Lehe-Treff und in der Luther-Schule sowie die Fürsorge vor und nach dem Essen durch pädagogisch ausgebildete Fachkräfte. Diese Verpflegungsmöglichkeit wird von Kindern der 1. bis 10. Schulklasse wahrgenommen. Freilich besteht noch größerer Bedarf als bisher abgedeckt werden kann. Auch für die Obhut werden größere Personal- und Raumkapazitäten sowie eine bessere Ausstattung mit Spielmöglichkeiten benötigt.

Das zweite Teilprojekt „Schule für Eltern“ beschäftigt sich mit der Beratung von Eltern in den Grundlagen der Haushaltsführung, Erziehung, Gesundheit und Partnerschaft, die bei vielen Betroffenen nicht vorhanden sind. Sie werden durch theoretische und praktische Unterweisungen unterstützt, die Lebenswelt ihrer Kinder besser zu arrangieren. Im Rahmen dieses Teilprojektes hat sich tatsächlich eine Elterninitiative gegründet, die eine Patenschaft für einen Spielplatz am Lehe-Treff übernehmen möchte. Der Spielplatz soll zusätzlich mit einer pädagogischen Fürsorge versehen werden, die nach Möglichkeit über ein ehrenamtliches Engagement abzudecken ist.

Das dritte Teilprojekt „Schule für Kinder“ umfasst Betreuungsangebote für Kinder an vier Schulen im Quartier. Es knüpft an die Beobachtung an, dass viele Kinder und Jugendliche im Fördergebiet von ihren Erziehungsberechtigten nicht genügend gehütet und gepflegt werden. Ziel der sorgfältigen Fürsorge an Vor- und Nachmittagen ist es, Spiel- und Bildungsmöglichkeiten anzubieten, um hauptsächlich das Aggressionspotenzial der Kinder und Jugendlichen zu reduzieren. Überdies wurde die Möglichkeit zum Frühstück geschaffen. Außerdem werden alltäglich am Nachmittag 2-3 Arbeitsgemeinschaften vorgehalten. Die Betreuung wird von ausgebildeten Erziehern gewährleistet. Basierend auf den Berichten der Projektbeteiligten ließ sich im Durchführungsjahr ermitteln, dass Aggressionen zwischen den Kinder verringert und mutwillige Zerstörungen nachgelassen haben.

Das vierte Teilprojekt „Lernen im Kindergarten“ beschäftigt sich den im Fördergebiet festgestellten ungenügenden sprachlichen Fertigkeiten von Kindergartenkindern. Auf spielerischer Grundlage führen zwei Pädagogen eine systematische Sprachförderung durch, an der derzeit 40 Kinder teilnehmen.

Die am Projekt „Schule im Quartier“ beteiligten Begleiter betreiben einen wiederkehrenden Erfahrungsaustausch und entwickeln neue Projektideen. Auf der Basis des Projektes konnten 12 Stellen im Rahmen von URBAN II und durch die nationale Kofinanzierung über Strukturpassungs- und Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen geschaffen werden.

### **Durchführungsstand des Projekts „Drogenabhängige“ im Berichtsjahr**

Im Durchführungsjahr wurden eine ganze Reihe an Vorbereitungsarbeiten zur Durchführung des angestrebten Drogenprojektes aufgenommen. Um ein solches Projekt adäquat auf den Weg zu bringen, wurde in den Arbeitsgruppen zusätzliches und spezielles Know-how einbezogen, und zwar in Form eines Experten vom Bremerhavener Gesundheitsamt. Sowohl in der AG II (Arbeitsmarkt und Soziales) also auch in der umgestalteten Arbeitsgruppe I, die vormals speziell für die Themen „Wirtschaft, Städtebau und Ökologie“ fungierte, und nunmehr in die Arbeitsgruppe I – „Ideenfindung (siehe hierzu den Abschnitt 2.4 - Technische Hilfe) wurde das Projekt kontrovers diskutiert. Zum Ende des Durchführungsjahres stellte sich der Sachstand folgendermaßen dar: Die BRAG wurde gebeten, einen „offenen“ Wettbewerbsaufruf an alle geeigneten Träger im Lande Bremen zu starten. Im Mittelpunkt des Projektes soll die Motivations- und Integrationsarbeit mit den Betroffenen stehen. Der Wettbewerbsaufruf wurde im Frühjahr 2003. Der Aufruf soll im Verlauf des Sommers 2003 ausgewertet werden. Frühester Starttermin dürfte der Spätherbst 2003 sein.



**Resultate**

<b>Output</b>	<b>Ziel</b>	<b>Ist 2002</b>
Durchführung von Maßnahmen für besondere Zielgruppen im Programmgebiet	—	<b>Art der durchgeführten Maßnahme:</b> Beratung Qualifizierung Betreuung (Kinder, Ältere etc.) 166 Freizeit- / Kulturaktivitäten Sonstiges <b>Schwerpunktmäßig angesprochene Zielgruppe:</b> Arbeitslose Frauen Ausländer Sozialhilfeempfänger Jugendliche Sonstige (Kinder u. Jugendliche) 166 keine spezielle Zielgruppe

<b>Ergebnis</b>	<b>Ziel</b>	<b>Ist 2002</b>
Anzahl durchgeführter Projekte	2 – 3	1
Anzahl der Teilnehmer/innen nach <ul style="list-style-type: none"> <li>- Geschlecht,</li> <li>- Alter und</li> <li>- Bildungsstand</li> </ul>	ca. 30 Teilnehmer, angestrebte Frauenquote von 50 % Betreuung von rd. 100 Personen, davon rd. 80 Kinder und Jugendliche	<b>Anzahl der TeilnehmerInnen:</b> 166 davon: Frauen/Mädchen 91 Männer/Jungen 75 <b>Altersklassen (in Jahren):</b> < 20 Jahre: 166 <b>Bildungsstand:</b> <u>Höchster vor Maßnahmebeginn erreichter Schulabschluss (Anzahl):</u> 1 = ohne Hauptschulabschluss: 2 = mit Hauptschulabschluss (ohne mittleren Abschluss): 3 = mit mittleren Abschluss (ohne FH-Reife): 4 = mit Fachhochschulreife (ohne Hochschulreife): 5 = mit Abitur bzw. Hochschulreife: 6 = nicht zuzuordnen / nicht zuzuordnender Abschluss im Ausland: 7 = sonstiges: 166 8 = keine Angaben: <u>Höchster vor Maßnahmebeginn erreichter Bildungsabschluss (Anzahl):</u> 1 = betriebliche/außerbetriebliche Berufsausbildung (Lehre): 2 = Berufsfachschule: 3 = Fachschule (z. B. Meister): 4 = Fachhochschule: 5 = Universität: 6 = nicht zuzuordnen/ nicht zuzuordnender Abschluss im Ausland: 7 = sonstiges: 166 8 = keine Angaben:
Dauer der Arbeitslosigkeit	—	Bisher keine Teilnahme am Arbeitsmarkt

<b>Wirkung</b>	<b>Ziel</b>	<b>Ist 2002</b>
Reduzierung der Quote von Sozialhilfebeziehern im Programmgebiet um x %	Vorab nicht quantifizierbar; keine Angaben möglich	Die TeilnehmerInnen-Anzahl kann keinen signifikanten Einfluss auf die Arbeitslosenquote haben. Daher wird eine Streichung des Indikators empfohlen.
Reduzierung der „Wanderungsquote“ in x %	Vorab nicht quantifizierbar; keine Angaben möglich	Die Erhebung dieses Indikators ist mit erheblichen Schwierigkeiten verbunden. Auf eine Erhebung sollte verzichtet werden
Anzahl der Schulverweigerer Anzahl der Schulabbrecher Anzahl der Jugendstraftaten	—	27 29 700 aufgeklärte Fälle mit 1.010 Tatbeteiligungen von Personen unter 21

### **Stand der Mittelbindung und -verwendung**

Im Berichtszeitraum wurden für die Maßnahme 2.2 Mittel in Höhe von 460.000 € gebunden. Das entspricht einer Mittelbindung von gut 57 Prozent. verausgabt wurden im Durchführungszeitraum Mittel in Höhe von fast 43.000 €, was 5,3 Prozent der vorgesehenen Summe ausmacht.

### **Durchführungsbedingungen und Problemstellungen**

Bisher sind bei der Durchführung der Maßnahmen weder durch den Projektträger noch durch die Bewilligungsstelle oder die Verwaltungsbehörde inhaltliche Probleme festgestellt worden.

## **2.3 Schwerpunkt 3 – Städtebauliche Erneuerung und Ökologie**

### **Stand der Mittelbindung und -verwendung**

Schon im *Durchführungsjahr 2001* lag für den gesamten Schwerpunkt 3 eine Mittelbindung von 100 Prozent vor. Das Gesamtvolumen entspricht 3.708.000 €. Im Berichtsjahr 2002 wurden Mittel in Höhe von knapp 1.640.000 € verausgabt, was gut 44 Prozent des hier vorgesehenen Budgets gleichkommt.

#### **2.3.1 Revitalisierung Stadtteilzentrum Lehe**

Die Maßnahme 3.1 zielt auf den Abbau der in der SWOT-Analyse festgestellten Mängel in der Funktionalität und der Versorgungsqualität, um eine stärkere Bindung der Bewohner und Gewerbetreibenden an das Programmgebiet zuwege zu bringen und die Konkurrenzfähigkeit gegenüber dem Umland zu erhöhen. Einkommensstärkere Bevölkerungsschichten können demzufolge zuwenigstens stückweise wieder zurück gewonnen und eine positive wirtschaftliche Entwicklung des Stadtteilzentrums anregt werden. Dieser Gesichtspunkt ist umso bedeutender, da im Fördergebiet selbst zumeist einkommensschwache Bevölkerungsgruppen beheimatet sind, deren Verbrauch an Gütern und Dienstleistungen wohl kaum genügen dürfte, um einen ökonomischen Aufschwung zu entfachen.

Im Zentrum der Maßnahme steht die Regeneration des historischen Stadtteilmittelpunkts um den Ernst-Reuter-Platz. Die hier existierenden Alleinstellungsmerkmale, beispielsweise die historische Bausubstanz mit ortsbildprägenden Bauwerken, der althergebrachter Marktstandort, die Parks usw. sollen mittels städtebaulicher Sanierungsmaßnahmen aufgewertet und modernen Ansprüchen an Funktionalität angenähert werden. Demzufolge soll das Stadtteilzentrum mit seinem unverwechselbaren Charakter eine Einkaufsalternative zu den großflächigen Einzelhandelsmärkten am Stadtrand werden, die sich untereinander nur geringfügig unterscheiden. Alles in allem ist angestrebt, 6.500 m<sup>2</sup> Fläche (Marktplatz, angrenzende Verkehrs- und Grünfläche) umzuformen (Bodenbelag, Nutzungsordnung usw.). Darüber hinausgehende Wirkungen wurden ex-ante nicht quantifiziert.

Die Revitalisierungsmaßnahme soll Aufbruchstimmung im Quartier auslösen, die sich in weiteren öffentlichen und privaten Investitionen und Projekten manifestiert. Die Zielgruppe ist dementsprechend uneinheitlich und setzt sich einerseits aus Einzelhändlern, Gastronomen, Dienstleistern und Marktkaufleuten, andererseits aus Beschäftigten und Kunden des Stadtteilzentrums zusammen.

Mit der beabsichtigten Attraktivitätssteigerung des Stadtteilmittelpunkts soll eine fühlbarere Verminderung der Geschäftsleerstände, eine Erhöhung der Beschäftigtenzahlen, eine Umsatzsteigerung sowie die Erhöhung von Privatinvestitionen in Gewerbeobjekte und im Geschäftsumfeld einher gehen.

## Durchführungsstand

Im Durchführungsjahr 2002 sind die städtebaulichen Aktivitäten schon sehr weit fortgeschritten. Start der Maßnahme war der Mai 2002. Der Auftakt wurde durch den symbolischen 1. Spatenstich öffentlichkeitswirksam in Szene gesetzt, um die interessierte Öffentlichkeit im Programmgebiet anschaulich für die Umgestaltungsmaßnahme einzustimmen und die Akzeptanz zu erhöhen. Im Berichtsjahr wurde die Fläche des Ernst-Reuter-Platzes erweitert und neu bepflanzt und die Platzränder zu den stadtteilprägenden historischen Gebäuden der Lessingschule und der Pauluskirche geöffnet. Am nordöstlichen Rand des Platzes zur Pauluskirche hin wurden Spiel- und Verweilmöglichkeiten errichtet und der Platz wurde mit einer technischen Infrastruktur für Veranstaltungen ausgestattet. Daneben wurde die zuvor vor der Pauluskirche gelegene Bushaltestelle an den Ernst-Reuter-Platz verlegt. In Folge dieser Aktivitäten wurde an der nordwestlichen Platzkante zur Hafenstraße hin ein Gastronomiepavillon gebaut, der durch Einsparungen bei der Maßnahme realisierbar wurde. Gleichzeitig erfolgte als URBAN-Projekt die Sanierung der historischen Fassade der Lessingschule. Aufgrund des strengen Winters konnte die Umgestaltung Ernst-Reuter-Platz / Fassade Lessingschule – wie eigentlich vorgesehen – nicht im Jahr 2002 beendet werden.

Inzwischen sind allerdings auf dem Marktplatz 2.700 m<sup>2</sup> Fläche umgestaltet worden, was ca. 45 % der Zielvorgabe entspricht. Der Wochenmarkt ist mittlerweile auf den Platz zurückgekehrt. Neue Standbetreiber ergänzen das Warenangebot und sollen somit neue Kunden, insbesondere auch von außerhalb des Programmgebiets, für den etablierten Markt interessieren.

Für die weitere Programmlaufzeit stehen im Rahmen der Maßnahme 3.1 noch folgende Aktivitäten aus:

- Der Ausbau der Wegeverbindung durch den südlich an den Ernst-Reuter-Platz angrenzenden Saarpark in Verbindung mit der Maßnahme 3.2. Der Baubeginn ist für August 2003 vorgesehen.
- Die nördliche Anbindung an den Stadtpark Lehe, die in den Jahren 2004/2005 realisiert wird.

Die in der EPP anvisierte Überdachung des Ernst-Reuter-Platzes für die Wochenmarktnutzung wurde aufgegeben, da sie nicht praktikabel erschien. Die Marktbesucher hätten durch die Überdachungskonstruktionen Probleme beim Aufstellen ihrer Stände gehabt. Des Weiteren wäre die Nutzung des Platzes als Park- bzw. als Veranstaltungsfläche zu marktfreien Zeiten erschwert worden.

Aus URBAN II-Mitteln wird in den nächsten Monaten der bereits vorhandene Rundlauf am Turm der Pauluskirche so ausgebaut werden, dass die Aussichtsplattform künftig für Besucher zugänglich ist.

Aus der Indikatorenabfrage für 2002 gehen insgesamt 40 gesicherte Arbeitsplätze der Marktkaufleute hervor, wobei es sich um 20 Frauen- und 20 Männerarbeitsplätze handelt.

**Resultate**

<b>Output</b>	<b>Ziel</b>	<b>Ist 2002</b>
Durchführung städtebaulicher Maßnahmen.	Umgestaltung (Bodenbelag, Nutzungszuordnung etc.) von 6.500 m <sup>2</sup> (Marktplatz, angrenzende Verkehrs- und Grünfläche)	0

<b>Ergebnis</b>	<b>Ziel</b>	<b>Ist 2002</b>
Anzahl durchgeführter Veranstaltungen / Aktionen in dem Stadtteilzentrum (Ernst-Reuter-Platz und direktes Umfeld)	—	Symbolischer 1. Spatenstich
Neue Handelsflächen in m <sup>2</sup> (Märkte)	—	2.700 m <sup>2</sup>
Zufriedenheitsanalyse (Umfrage)	—	Aufgrund bisheriger Praxiserfahrungen wurde festgestellt, dass die Durchführung einer sog. Zufriedenheitsstudie mit hohem Finanz- u. Zeitaufwand verbunden ist und die zu erwartenden Ergebnisse in keinem Verhältnis dazu stehen. Aufgrund dessen sollte auf diesen Indikator verzichtet werden

<b>Wirkung</b>	<b>Ziel</b>	<b>Ist 2002</b>
Geschaffene / gesicherte Arbeitsplätze im Programmgebiet (Ernst-Reuter-Platz und direktes Umfeld)	—	Anzahl gesicherter Arbeitsplätze 40 darunter: Frauen: 20 Männer: 20
Weitere Ansiedlungen (private Investitionen)	—	1 Pavillon
Umsatzerhöhung bei den angesiedelten Unternehmen in % (2 Jahre nach Abschluss der Maßnahme)	—	Dieser Indikator ist nur unter erheblichen Einschränkungen erfass- bzw. messbar u. zudem wenig aussagefähig. Aufgrund dessen sollte auf ihn verzichtet werden.

**Stand der Mittelbindung und -verwendung**

Schon im *Durchführungsjahr 2001* wurden die zur Verfügung stehenden Mittel in Höhe von 2,8 Mio. € zu 100 Prozent gebunden. Im Berichtsjahr 2002 wurden für die Maßnahme knapp 1.626.000 € verausgabt, was einem Prozentsatz von ca. 58 v. H. entspricht.

**Durchführungsbedingungen und Problemstellungen**

Einerseits verzögerte ein unerwartet früh beginnender und mit langanhaltendem Dauerfrost begleiteter Wintereinbruch die Fertigstellung, sodass die Umgestaltungsmaßnahmen im Durchführungsjahr 2002 nicht gänzlich abgeschlossen werden konnten. Andererseits ermöglichten Einsparungen innerhalb der Maßnahme die Planung, Errichtung und Realisierung eines sich ins Gesamtkonzept sehr gut einfügenden Gastronomie-Pavillons, dessen Verpach-

tung im Berichtsjahr schon sichergestellt werden konnte. Der Pächter (ein im Programmgebiet ansässiger Gaststättenbetreiber) investierte in die Innen- und Außenausstattung.

Die im Programmdokument beschriebenen Patzaufbauten wurden nicht realisiert. Nach Befragung von den Platz wiederkehrend und überwiegend nutzenden Marktbesuchern stellte sich zum einen heraus, dass sich bei der Aufstellung der beabsichtigten Bauten Probleme beim Rangieren der Markt-Fahrzeuge ergeben hätten. Des Weiteren wäre eine Nutzung für weitere vorgesehene Aktivitäten (z. B. größere Veranstaltungen etc.) merklich eingeschränkt worden. Zudem und nicht zuletzt wäre das für nötig erachtete Parkplatz-Reservoir geschmälert worden. Und schlussendlich hätte der gesamte Blickfang auf die restaurierte Fassade der Lessingschule, die im Übrigen seit April 2003 nachts beleuchtet wird, gelitten.

Darüber hinausgehend wurden bei der Durchführung der Maßnahme durch die beteiligten Stellen keine Probleme festgestellt.

### **2.3.2 Entwicklung Geeste-Ufer**

Im Knotenpunkt der Maßnahme 3.2 Entwicklung des Geeste-Ufers steht die Integration des Flussufers in das Fördergebiet und seine Erschließung für die Allgemeinheit. Die Dringlichkeit zur Konzeption dieser Maßnahme ist im Kontext der beschränkten Verfügbarkeit von Grünflächen im Quartier zu sehen. Des Weiteren soll der Flussraum stärker ins Bewusstsein der Bevölkerung gerückt und die Bedeutung der Seestadt Bremerhaven als „Stadt am Wasser“ wahrnehmbar und erlebbar gemacht werden.

Wegen ihrer einstigen industriellen Nutzung und der daraus resultierenden dürrtigen Biotopsituation müssen die Uferbereiche erst einmal regeneriert werden. Einzelne historische Zeugnisse der früheren Nutzung (beispielsweise Kräne oder Helgen) können dabei als stadtbildprägende Symbole erhalten bleiben. Ein neu angelegter Uferweg sowie die Schaffung von Aufenthaltsplätzen sollen die Zugänglichkeit zur Geeste und die Nutzung des Uferbereichs als Erholungsraum verbessern. Durch Schautafeln sollen schließlich die ökologischen und industriegeschichtlichen Zusammenhänge im Flussraum abgebildet werden. Ein neu angelegter Uferweg sowie die Schaffung von Aufenthaltsplätzen sollen die Zugänglichkeit zur Geeste und die Nutzung des Uferbereichs als Erholungsraum verbessern. Durch Schautafeln sollen abschließend die ökologischen Zusammenhänge im Flussraum gezeigt werden.

Als Zielwert zur Würdigung der Maßnahme wurde ex-ante die Aufwertung von 1.000 m<sup>2</sup> biologisch wertvoller Fläche angeführt.

### **Durchführungsstand**

Im Durchführungsjahr 2002 fanden noch keine baulichen Aktivitäten zur Umsetzung der Maßnahme statt. Als Voruntersuchung führte die ITF Research GmbH im Juni 2002 im Auftrag des Magistrats der Stadt Bremerhaven eine Bürgerbefragung zur Freizeitnutzung des Geeste-Ufers durch.

Die ersten Baumaßnahmen sollen in den kommenden Wochen beginnen. Am 30.04.2003 tagte der Umweltausschuss und beriet über die Umgestaltung des Saarparks sowie die Vergabeempfehlung zur ökologischen Aufwertung des Geeste-Ufers im Bereich der früheren Rickmers-Werft. Für den Baubeginn in der 20. Kalenderwoche wurden informierende Bauschilder aufgestellt. Zudem wurde der symbolische erste Spatenstich mit dem verantwortlichen Baudezernenten und vielen URBAN II-Beteiligten unter Einbezug der Presse in der zweiten Maiwoche durchgeführt.

Die ökologische Aufwertung erfolgt in zwei Ufer-Abschnitten und stellt zugleich eine naturnahe Ufer-Sicherung dar. Mit der Fertigstellung der Baumaßnahme ist innerhalb von acht Wochen nach Baubeginn zu rechnen.

Im Anschluss wird das Gartenbauamt den ersten Abschnitt des Geeste-Uferwegs errichten. Die Entwicklung der Ufer im Bereich ehem. Geeste-Metallbau ist ab 2004/2005 vorgesehen. Als erste Maßnahme soll in Verlängerung des Saarparks eine neue Freiraumverbindung zum Geeste-Ufer geschaffen werden.

## Resultate

Output	Ziel	Ist 2002
Schaffung / Unterstützung eines innerstädtischen Biotopverbundes	keine quantifizierbaren Angaben	—

Ergebnis	Ziel	Ist 2002
Biologisch wertvolle Flächen in m <sup>2</sup>	Aufwertung von ca. 1.000 m <sup>2</sup>	—
Nutzung für Freizeitaktivitäten (Messungen)	Bekanntheitsgrad und Freiraumnutzungen erhöhen	Gemäß durchgeführter ITF-Befragung liegt der Bekanntheitsgrad der Geeste-Ufer bei 75 %; 50 % nutzten z. Zeitpt. der Befragung das Geeste-Ufer selten oder nie.

Wirkung	Ziel	Ist 2002
Verbesserung der ökologischen Uferqualität der Geeste	keine Angaben quantifiziert	—

## Stand der Mittelbindung und -verwendung

Gebunden wurden im bereits im *Durchführungsjahr 2001* die insgesamt zur Verfügung stehenden Mittel in Höhe von rd. 0,908 Mio. € Verausgabe wurden im Berichtsjahr 2002 fast 14.000 € – das entspricht gut 1,5 Prozent der vorgesehenen Mittel.

## Durchführungsbedingungen und Problemstellungen

Bisher sind bei der Durchführung der Maßnahmen durch die beteiligten Stellen keine Probleme festgestellt worden.

Parallel zur den im Rahmen von URBAN II geplanten Aktivitäten an dem Geeste-Ufer werden u. a. durch die Stadt weitere Vorhaben in diesem Bereich durchgeführt. Hieraus ergibt sich ein erhöhter Abstimmungsbedarf, der bei der Realisierung zu beachten ist.

## 2.4 Schwerpunkt 4 – Technische Hilfe

### Stand der Mittelbindung und -verwendung

Im Schwerpunkt 4 erfolgte im Berichtszeitraum eine Mittelverausgabe in Höhe von insgesamt knapp 94.000 €. Das entspricht fast 9,5 Prozent der für die Technische Hilfe insgesamt vorgesehenen Finanzmitteln von 992.000 €.

### **2.4.1 Begleitung und Bewertung**

Mit dieser Maßnahme wird das Ziel verfolgt, die wirksame Realisierung der anderen Maßnahmen und Projekte zu gewährleisten und dabei die größtmögliche Effektivität zu ermöglichen. Verantwortlich für die Umsetzung ist sowohl der Senator für Wirtschaft und Häfen des Landes Bremen als Verwaltungsbehörde als auch das Referat für Wirtschaft der Seestadt Bremerhaven als koordinierende Stelle vor Ort.

#### **Durchführungsstand**

Aus der Vielzahl der Bewerbungen, die zum Jahresanfang vorlagen, wurde eine geeignete Persönlichkeit für diese Aufgabe ausgewählt. Organisatorisch ist diese Position dem Referat für Wirtschaft zugeordnet. Mitte Februar 2002 nahm die Programmumsetzende Stelle im Verbund mit den MitarbeiterInnen des Referats für Wirtschaft Ihren Dienst in den dortigen Räumlichkeiten auf. Im Durchführungsjahr sind hinsichtlich der Organisation, Durchführung und Begleitung die schon weitgehend implementierten Organisationsstrukturen (vgl. 1. Durchführungsbericht 2001) ausgebaut, verbessert und die entsprechenden Aktivitäten für die Programmbegleitung und -bewertung in Gang gesetzt worden.

Vor diesem Hintergrund wurden im Rahmen der Begleitung und Bewertung vielfältige Aktivitäten durchgeführt, die sich vor allem konzentrierten auf:

- Planung, Controlling/Monitoring der Zahlungsströme, Mitwirkung bei Finanzkontrollen,
- Berichtswesen gegenüber dem Land Bremen und der EU-Kommission,
- Vorbereitung und Durchführung von Bewertungen zur Erfolgskontrolle des Programms und der einzelnen Maßnahmen (unter Einbeziehung externer Gutachter bzw. wiss. Institute – Stichworte: Halbzeitbewertung, Kleinräumige Primärdatenerhebung),
- Vertretung gegenüber dem Land Bremen, dem Bund und der EU-Kommission,
- Information und Beratung der umsetzenden Stellen,
- Koordinierung der beteiligten Verwaltungsstellen sowie der Wirtschafts- und Sozialpartner im Rahmen der Programmplanung und -umsetzung,
- Aktions- und Projektvorbereitung,
- Aktionen im Programmgebiet.

#### **Resultate**

Im Rahmen der „Technischen Hilfe“ sind weder auf Schwerpunkt- noch auf Maßnahmeebene Output-, Ergebnis- oder Wirkungsindikatoren zu erfassen und zu quantifizieren. Daher entfällt dieser Punkt.

#### **Stand der Mittelbindung und -verwendung**

Im Berichtszeitraum erfolgte eine Mittelausgabe von rd. 64.000 €. Das entspricht 8,6 Prozent der hierfür vorgesehenen Finanzmitteln in Höhe von 744.000 €.

#### **Durchführungsbedingungen und Problemstellungen**

Bisher sind bei der Durchführung der Maßnahmen durch die beteiligten Stellen keine Probleme festgestellt worden.

## 2.4.2 Öffentlichkeitsarbeit und Erfahrungsaustausch

Verantwortlich für die Durchführung dieser Maßnahme ist sowohl der Senator für Wirtschaft und Häfen als zuständige Verwaltungsbehörde sowie das Referat für Wirtschaft der Seestadt Bremerhaven, das als koordinierende Stelle vor Ort fungiert. Die Maßnahme zielt innerhalb dieses Schwerpunktes auf einen informatorischen Verbund für das Fördergebiet ab, hat einen integrierenden Charakter und ist in Bezug auf die notwendige Identitätsfindung für das Programm unverzichtbar.

### Durchführungsstand

Im Rahmen dieser Maßnahme sind durch die o. g. Verantwortlichen im Berichtszeitraum zur Information und Publizität insbesondere die folgenden Aktivitäten durchgeführt worden:

- Diverse Pressemitteilungen in der lokalen bzw. regionalen Presse,
- Themenbezogene Informationsveranstaltungen mit den Bewohnern und Gewerbetreibenden sowie den Wirtschafts- und Sozialpartnern im Programmgebiet,
- Herausgabe eines sog. „Kleinen Flyers“ zum Inhalt des URBAN II-Programms in Bremerhaven und den zuständigen Ansprechpartnern,
- Information über die URBAN II-Gemeinschaftsinitiative und das Operationelle Programm Bremerhaven auf der Internet-Seite [www.europa-bremen.de/efre](http://www.europa-bremen.de/efre) des Landes Bremen,
- Vorbereitung zur Einrichtung einer eigenständigen Internetpräsentation des URBAN II-Programms sowie des Programmgebiets mit seinen Akteuren bei der Seestadt Bremerhaven ([www.urban-bremerhaven.de](http://www.urban-bremerhaven.de)),
- Aktive Teilnahme an Tagungen zum nationalen bzw. europäischen Erfahrungsaustausch im Rahmen des Deutsch-Österreichischen URBAN-Netzwerks, das im Berichtszeitraum Tagungen in Luckenwalde, Dortmund und Graz durchführte, sowie an Arbeitsgruppen (z. B. am „Arbeitskreis Indikatoren“),
- Die Entwicklung eines Logos für das URBAN II-Programm Bremerhaven.

Die Aktivitäten der Öffentlichkeitsarbeit werden grundsätzlich mit der Publizitätsbeauftragten für den EFRE beim Senator für Wirtschaft und Häfen abgestimmt, um die Einhaltung der geltenden Vorschriften zu gewährleisten.

### Resultate

Im Rahmen der „Technischen Hilfe“ sind weder auf Schwerpunkt- noch auf Maßnahmeebene Output-, Ergebnis- oder Wirkungsindikatoren zu erfassen und zu quantifizieren. Daher entfällt dieser Punkt.

### Stand der Mittelbindung und -verwendung

Im Berichtszeitraum erfolgte eine Verausgabung von rd. 30.000 €. Das entspricht nahezu 12 Prozent der hierfür zur Verfügung stehenden Summe von 248.000 €.

### Durchführungsbedingungen und Problemstellungen

Bisher sind bei der Durchführung der Maßnahme durch die beteiligten Stellen keine Probleme festgestellt worden.



## 2.5 Hauptindikatoren

Bei den Hauptindikatoren, die auch als Basisindikatoren bezeichnet werden, geht es vor allem darum, mit einer begrenzten Zahl von Indikatoren, die relativ leicht ermittelbar sein sollten, den materiellen Programmfortschritt zu beobachten. Mit anderen Worten: Die Hauptindikatoren dienen dazu, ein allgemeineres Bild eines Schwerpunktes zu geben, als ein Indikator, der direkt mit einer Maßnahme verbunden ist.

**Tabelle 2: Hauptindikatoren 2002**

	Hauptindikatoren	2002	Zielgröße nach Programmbeendigung
1.	Zahl geschaffener u. gesicherter Arbeitsplätze (Frauen/ Männer)	Insgesamt: <b>61</b> Frauen: 16 Männer: 45	400 (direkt u. indirekt)
2.	Zahl der Existenzgründungen darunter Anzahl Neugründungen von Frauen / mit Beteiligung von Frauen (Geschäftsführungen)	<b>3</b>  1	50
3	Anzahl unterstützter KMU	<b>179</b>	Beratung und Unterstützung von Existenzgründungen kann noch nicht quantifiziert werden
4.	Zahl der Teilnehmer an Bildungs-/ Qualifizierungsmaßnahmen	<b>40</b>	120
5.	Geschaffene oder aufgewertete Grünflächen (m <sup>2</sup> )	<b>0</b>	7.500 m <sup>2</sup> Frei- und Nutzfläche
6.	Fläche anderer geschaffener oder aufgewerteter öffentlicher Räume (m <sup>2</sup> )	<b>2.700</b>	
7.	Fläche geschaffener oder aufgewerteter öffentlicher Gebäude (m <sup>2</sup> )	<b>2.700</b>	4.000 m <sup>2</sup> (sofern der Technologiepark als öffentliches Gebäude zu werten ist)

### **3. Stand der finanziellen Abwicklung**

#### **3.1 Finanzielle Abwicklung mit besonderer Bezugnahme auf die vereinbarten finanziellen Indikatoren und ihre Umsetzung in physische Ergebnisse**

Die nachfolgende Tabelle (im Vademekum als Tabelle 5 aufgeführt) dokumentiert die für das Jahr 2002 insgesamt getätigten zuschussfähigen Ausgaben, die von der Zahlstelle bescheinigt und im ersten Zahlungsantrag an die Kommission im Oktober 2002 berücksichtigt wurden.

Insgesamt wurden darin 2.013.709 € abgefordert. Der Großteil hiervon entfiel mit 1.690.701 € auf den Schwerpunkt 1, auf die Schwerpunkt 2 entfielen 41.108 €, auf den Schwerpunkt 3 480.909 € und auf die Technische Hilfe 41.446 €.

Da es sich um den ersten Zahlungsantrag handelt, stellt die Tabelle gleichzeitig den kumulierten Stand bis zum 31.12.2002 dar.

Über den Stand der finanziellen Abwicklung des URBAN II-Programms von Programmbeginn bis Ende 2002 informiert darüber hinaus die Tabelle im Anhang. Insgesamt wurden im Jahr 2002 4.762.204 € im Rahmen des URBAN II-Programms ausgegeben. Diese enthält zudem Informationen über die vorgenommenen Mittelbindungen. Vom gesamten Mittelvolumen in Höhe von 19.828.000 € sind vom Programmbeginn bis zum 31.12.2002 18.108.022 € (91,3 Prozent) gebunden und Ausgaben bis Ende 2002 in Höhe von 5.547.599 € (28,0 Prozent) an die Verwaltungsbehörde gemeldet worden.

#### **3.2 Übersicht über die von der Zahlstelle tatsächlich bescheinigten Ausgaben und die von der KOM empfangenen Zahlungen nach Maßnahmen**

Im Januar 2002 wurde der Vorschuss in Höhe von 7 Prozent des genehmigten Programmvolumens (693.980 €) von der Kommission an das Land Bremen gezahlt.

Im Oktober 2002 wurde von der Zahlstelle ein erster Zahlungsantrag bei der Kommission in Höhe von 2.013.709 € gestellt. Die Summe wurde in voller Höhe im Januar 2003 von der Kommission an das Land Bremen ausgezahlt.

#### **3.3 Vergleich der Vorausschätzungen der Zahlungsanträge mit dem tatsächlichen Mittelabfluss**

Für das Jahr 2002 wurde im April 2002 geschätzt, dass EFRE-Mittel in Höhe von 2.700.000 € im Laufe des Jahres 2002 bei der Kommission abfordert werden. Tatsächlich sind mit dem ersten Zahlungsantrag und einzigen im Jahr 2002 2.013.709 € bei der Kommission abgefordert worden.

Die tatsächliche Abforderung fiel dabei niedriger als zunächst angenommen aus, da die nach den Verordnungen erforderlichen Überprüfungen der Ausgaben durch die beteiligten Stellen (Projektträger, Zwischengeschaltete Stellen, Programmdurchführende Stelle, Verwaltungsbehörde, Zahlstelle) erst mit deutlicher zeitlicher Verzögerung eine Abforderung der Mittel bei der Kommission erlauben. Für die Zukunft wird dieser Faktor bei der Erstellung der Mittelvorausschätzungen stärker Berücksichtigung finden.

**Tabelle 3: Finanztabelle\* für den jährlichen Durchführungsbericht/den Schlussbericht, aufgeschlüsselt nach Schwerpunkten und Maßnahmen**

Referenznummer der Kommission für die betreffende GI:

2000.DE.16.0.PC.101

Titel: URBAN II-Programm des Landes Bremen (2000 - 2006)

Jahr: 2002

(in Euro)

Schwerpunkte/Maßnahme	Ingesamt**	Ingesamt getätigte zuschussfähige und bescheinigte Ausgaben	% der zuschussfähigen Kosten	Sonstige	Interventionsbereich***
<b>Wirtschaftliche Entwicklung</b>	<b>11.024.000,00</b>	<b>3.381.401,63</b>	<b>30,67</b>		
Technologiepark	10.000.000,00	3.316.204,18	<b>33,16</b>		164 (100 %)
Stadtteilmanagement	1.024.000,00	65.197,45	<b>6,37</b>		164 (100 %)
<b>Arbeitsmarkt / Soziales</b>	<b>4.104.000,00</b>	<b>82.216,74</b>	<b>2,00</b>		
Qualifizierung / Existenzgründung	3.300.000,00	82.216,74	<b>2,49</b>		21 (100 %)
Soziale Maßnahmen im Programmgebiet	804.000,00	0,00	<b>0,00</b>		
<b>Städtebauliche Erneuerung / Ökologie</b>	<b>3.708.000,00</b>	<b>480.908,79</b>	<b>12,97</b>		
Revitalisierung Stadtteilzentrum	2.800.000,00	473.846,97	<b>16,92</b>		352 (100 %)
Entwicklung Geeste-Ufer	908.000,00	7.061,82	<b>0,78</b>		353 (100 %)
<b>Technische Hilfe</b>	<b>992.000,00</b>	<b>82.891,15</b>	<b>8,36</b>		
Begleitung, Bewertung	744.000,00	52.730,85	<b>7,09</b>		411 (100 %)
Publizität, Erfahrungsaustausch	248.000,00	30.160,30	<b>12,16</b>		411 (47 %), 415 (53 %)
<b>Insgesamt</b>	<b>19.828.000,00</b>	<b>4.027.418,31</b>	<b>20,31</b>		

\* Vorzulegen sind eine Tabelle für das letzte volle Kalenderjahr sowie eine Tabelle mit kumulierten Beträgen bis Ende des vorangegangenen Jahres (im Fall des Schlussberichts).

\*\* Diese Spalte enthält die Beträge, anhand deren die Beteiligung der Fonds berechnet wird (entweder die zuschussfähigen Gesamtkosten oder die gesamten öffentlichen oder gleichgestellten zuschussfähigen Ausgaben).

\*\*\* Der Interventionsbereich ist für jede Maßnahme anhand der Standardklassifizierung dreistellig zu kodieren; erforderlichenfalls (bei heterogenen Maßnahmen) sind mehrere Codes mit dem jeweiligen prozentualen Anteil an der Maßnahmen anzugeben.

#### Erläuterung der Interventionsbereiche:

- 21 Arbeitsmarktpolitische Maßnahmen
- 22 Soziale Integration
- 23 Ausbau der allgemeinen und der elementaren beruflichen Bildung (Einzelpersonen, Unternehmen)
- 24 Anpassungsfähigkeit der Arbeitskräfte, Unternehmensegeist und Innovationsfähigkeit, Informations- und Kommunikationstechnologien (Einzelpersonen, Unternehmen)
- 25 Positive Beschäftigungsmaßnahmen für Frauen
- 163 Unternehmensberatung (Information, Unternehmensplanung, Beratungsdienste, Marketing, Management, Design, Internationalisierung, Export, Umweltmanagement, Technologieerwerb)
- 164 Gemeinsame Dienste für Unternehmen (Unternehmensparks, Gründerzentren, Animation, Promotionskampagnen, Vernetzung, Konferenzen, Messen)
- 182 Innovation u. Technologietransfer, Vernetzung von u. Partnerschaften zw. Unternehmen u./o. Forschungszentren
- 183 FuE/I-Infrastrukturen
- 352 Sanierung städtischer Bereiche
- 353 Schutz, Verbesserung und Wiederherrichtung der natürlichen Lebensräume
- 411 Planung, Umsetzung, Follow-up
- 412 Bewertung
- 415 Information der Bürger

## **4. Vorkehrungen zur Sicherung der Qualität und Effizienz der Durchführung**

### **4.1 Begleit- und Bewertungsmaßnahmen**

#### **4.1.1 Datenerhebung zur Berichterstattung**

Die zuständige Verwaltungsbehörde hat gemäß den in der Verordnung (EG) Nr. 438/2001 genannten Vorgaben die notwendigen Schritte im Berichtszeitraum unternommen, um die Begleitung und Bewertung des Programms auf der Basis materieller und finanzieller Indikatoren sicherstellen zu können.

Darunter sind insbesondere hervorzuheben:

- Sicherstellung der Nutzung einer geeigneten Datenerfassungssoftware in Bremen und Bremerhaven
- Weiterentwicklung der Indikatoren speziell im Hinblick auf eine stärkere Quantifizierung
- Mitwirkung der Programmdurchführenden Stelle an der Arbeitsgruppe „Indikatoren“ des Deutsch-Österreichischen URBAN-Netzwerkes
- Ausschreibung und Beauftragung der Halbzeitbewertung
- Interne Kontrolle und Datenerhebung für den Mittelfluss und den dinglichen Ablauf durch die jeweils zuständigen Bewilligungsstellen

In Bremen / Bremerhaven basiert die Datenerfassung zurzeit auf einer neu entwickelten Access-Datenbank zur finanztechnischen Abwicklung der bremischen EFRE-Programme beim Senator für Wirtschaft und Häfen (EFRE Plan). Im Laufe des Jahres 2002 wurde die Entscheidung getroffen, anstatt des im Bundesland Sachsen-Anhalt entwickelten Programms efREporter, den EFRE Plan, der bereits seit März 2002 zur finanziellen Abwicklung des URBAN-Programms eingesetzt wird, alternativ fortzuentwickeln. Diese Entscheidung wurde der KOM mit Schreiben vom 19.07.2002 zur Kenntnis gegeben. Das System wird voraussichtlich mit allen Komponenten (Monitoring-Indikatoren, Prüfungen und elektronischer Datenaustausch) im Laufe des Sommers 2003 voll einsatzfähig sein.

#### **4.1.2 Anwendung der Auswahlkriterien**

Die Auswahlkriterien für die Maßnahmen des Programms sind im Ergänzungsdokument dargelegt. Diese bilden die Grundlage für die Auswahl der Projekte.

Für das Bremerhavener URBAN II-Programm ist festzuhalten, dass die Auswahl der Projekte in wesentlichen Teilen sehr frühzeitig erfolgte. Der Prozess der Projektauswahl fand bereits vor der Erstellung des Programms und des Ergänzungsdokuments statt. Die Projekte wurden in Abstimmung mit der Kommission unter Berücksichtigung der speziellen Anforderungen für die URBAN-Programme festgelegt. Das Programmdokument enthält daher bereits zum Teil sehr detaillierte Projektbeschreibungen vor allem für das Flaggschiffprojekt Technologiepark, aber auch für einen Großteil der anderen Projekte (Stadtteilmanagement, ACL, Ernst-Reuter-Platz, Entwicklung Geeste-Ufer).

Im Schwerpunkt 2, in dem tendenziell kleinere und personengebundene Projekte umgesetzt werden, wurden Festlegungen zu den Details der Projekte – wie sonst üblich - erst im Programmverlauf getroffen. Dabei wurden unter Berücksichtigung der im Ergänzungsdokument dargelegten Auswahlkriterien Wettbewerbsaufrufe durchgeführt. Die Auswahlkriterien waren dabei ein wesentliches Entscheidungsmerkmal für die Auswahl der Projektträger. In die Entscheidungsfindung wird dabei die Arbeitsgruppe 2 „Arbeitsmarkt und Soziales“ einbezogen,

in der die an der Umsetzung des Schwerpunkts 2 beteiligten Stellen eingebunden sind. Nach diesem Muster wird auch für die kommenden Projekte in diesem Schwerpunkt verfahren werden.

#### **4.1.3 Bericht aus Begleitausschuss**

Der Begleit- und Lenkungsausschuss URBAN II Bremerhaven trat im Berichtszeitraum an zwei Terminen – im Abstand von einem halben Jahr – zu seinen Sitzungen zusammen: Die 2. Sitzung des Begleit- und Lenkungsausschuss tagte am 11. Juni 2002; die dritte fand am 3. Dezember 2002 statt. Die Termine wurden mit der jeweils am folgenden Tag stattfindenden Sitzung der URBAN-Stadt Kiel abgestimmt. Mit Stattfinden der dritten Sitzung Begleit- und Lenkungsausschusses wurde ein Vorgespräch mit der Kommission, dem Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit (BMWA), der Verwaltungsbehörde und der Programmumsetzenden Stelle etabliert, das aus Effizienzgesichtspunkten beibehalten werden soll.

In Bremerhaven sind an dem Begleit- und Lenkungsausschuss diverse Wirtschafts- und Sozialpartner sowie Vertreter der Bewohner/Gewerbetreibenden aus dem Programmgebiet beteiligt.

## **4.2 Maßnahmen der Finanzkontrolle**

An dieser Stelle wird auf die Mitteilung nach Artikel 5 der Verordnung (EG) Nr. 438/2001 verwiesen. Das darin beschriebene System wurde in den Jahren 2001 und im ersten Quartal 2002 eingerichtet und ist weiterhin funktionsfähig.

Bezüglich des Verwaltungs- und Kontrollsystems für die Umsetzung des bremischen Ziel-2-Programms wurden von der Kommission im Dezember 2002 zusätzliche Informationen zu den Verwaltungs- und Kontrollmaßnahmen angefordert. Die Verwaltungsbehörde hat diese Fragen mit Schreiben vom 12.12.2002 beantwortet, verknüpft mit dem Hinweis, dass diese Antworten auch für das bremische URBAN II-Programm gelten, da die Verwaltungs- und Kontrollsysteme für beide Programme identisch aufgebaut seien. Eine offizielle Rückmeldung der Kommission zur Anerkennung des Verwaltungs- und Kontrollsystems für das URBAN II-Programm Bremerhaven steht noch aus.

## **4.3 Zusammenfassung der wichtigsten aufgetretenen Probleme**

Bislang traten im Berichtszeitraum bei der Realisierung des URBAN II-Programms keine nennenswerten Schwierigkeiten auf.

## **4.4 Maßnahmen zur Gewährleistung der Publizität**

„Mit den Informations- und Publizitätsmaßnahmen für die Interventionen der Strukturfonds soll die Aktion der Europäischen Union besser bekannt gemacht, ihre Transparenz erhöht und in allen Mitgliedstaaten eine einheitliche Vorstellung von den jeweiligen Interventionen vermittelt werden“ (VO (EG) Nr. 448/2000).

So ist bei Veröffentlichungen, Drucksachen oder Veranstaltungen ein Hinweis auf die Kofinanzierung durch die Europäische Kommission zu geben. Bei Verwendung nationaler und/oder regionaler Embleme ist auch das EU-Emblem (Sternenkreis) darzustellen. Im Falle von Infrastrukturprojekten in einer Größenordnung von mindestens 3 Mio. € sind entsprechende Hinweise auf Bautafeln erforderlich. Bei der Öffentlichkeit zugänglichen Projekten ist nach Fertigstellung eine Erinnerungstafel anzubringen. Darüber hinaus ist bereits im Zuwendungsbescheid auf die Kofinanzierung durch die EU hinzuweisen.

Grundsätzlich ist die Verwaltungsbehörde für alle im Zusammenhang mit der Publizität stehenden Aufgaben verantwortlich. Im Einvernehmen mit der programmumsetzenden Stelle beim Magistrat Bremerhaven wurde mit Wirkung für das Durchführungsjahr 2003 und die Folgejahre vereinbart, das Referat für Wirtschaft auch mit den Pflichten des Publizitätsbeauftragten für URBAN II zu betrauen.

Im Berichtszeitraum wurden diverse Maßnahmen zur Publizität und Öffentlichkeitsarbeit gemäß der Verordnung (EG) 1159/2000 durchgeführt. Zur Information der allgemeinen Öffentlichkeit sind bisher diverse Pressemitteilungen herausgegeben worden, die eine Berichterstattung in den Medien zur Folge hatten. Darüber hinaus konnte durch die Teilnahme der Programmumsetzenden Stelle auf dem Basar Maritim für URBAN II geworben werden. Die im Rahmen des Stadtteilmanagements organisierten Veranstaltungen trugen ebenfalls zur Bekanntmachung der Gemeinschaftsinitiative in der Öffentlichkeit bei. Dabei konnten zum Teil beeindruckende TeilnehmerInnenzahlen verzeichnet werden (z. B. ca. 500 TeilnehmerInnen beim ersten Spatenstich auf dem Ernst-Reuter-Platz und 200 TeilnehmerInnen bei „Kinder und Kunst in Lehe“), die auf ein entsprechend großes Interesse der Bevölkerung an den Aktivitäten im Rahmen des URBAN II-Programms schließen lassen.

Auch auf der Internetseite des t.i.m.e.Ports ([www.time-port.de](http://www.time-port.de)) wird ordnungsgemäß auf die EU-Förderung des Projekts hingewiesen. Darüber hinaus befindet sich am t.i.m.e.Port I (entsprechend den Publizitätsvorschriften für Infrastrukturprojekte in einer Größenordnung von mindestens 3 Mio. €) eine Erinnerungstafel, die auf die Kofinanzierung des Gebäudes durch die EU aufmerksam macht.

Die Vorbereitungen des Internet-Auftritts für URBAN II Bremerhaven sind im Berichtsjahr begonnen worden und befinden sich nunmehr kurz vor Abschluss. Die Freischaltung der Seite ([www.urban-bremerhaven.de](http://www.urban-bremerhaven.de)) erfolgte Mitte Mai 2003.

Projekte aus den beiden Programmen der Gemeinschaftsinitiative URBAN im Land Bremen<sup>1</sup> wurden in einer neuen Broschüre mit dem Titel „Partnerschaft mit Städten. Die Gemeinschaftsinitiative URBAN,“ von der Kommission positiv aufgegriffen; die Studie kann unter [regio-info@cec.eu.int](mailto:regio-info@cec.eu.int) bezogen werden. Aus dem URBAN II-Programm wurde insbesondere der erste Bauabschnitt des t.i.m.e.Ports dargestellt.

---

<sup>1</sup> URBAN I 1994 – 1999 in Bremen-Gröpelingen.

## **5. Maßnahmen zur Gewährleistung der Vereinbarkeit mit den Gemeinschaftspolitiken und der Gesamtkoordinierung**

### **5.1 Wettbewerbspolitik**

Das Programm beinhaltet keine einzelbetrieblichen Förderungen auf der Basis notifizierter und genehmigter Förderprogramme bzw. staatliche Beihilfen im Sinne des Artikels 87, Absatz 1 des EG-Vertrags. Mögliche Unternehmensförderungen erfolgen ggf. im Rahmen der zulässigen de-minimis-Grenzen, die in der Verordnung (EG) Nr. 69/2001 vom 12.01.2001 festgelegt sind.<sup>2</sup> Es erfolgte im Berichtszeitraum keine Beantragung bzw. Genehmigung neuer, beihilferechtlich relevanter Förderrichtlinien bei der Kommission.

### **5.2 Öffentliche Auftragsvergaben**

Die Stadt Bremerhaven sowie die zuständigen Projektträger wurden ausführlich über die EG-Richtlinien zum öffentlichen Auftragswesen – insbes. der VO (EG) 1159/2000 – und die Rückforderung der Fördermittel bei Verletzung der Bestimmungen informiert und zur Einhaltung angewiesen.

EU-weite Ausschreibungen wurden durchgeführt, sofern die Vorhaben den o. g. Richtlinien unterlagen. Dabei wurden die gültigen Schwellenwerte zur Veröffentlichungspflicht berücksichtigt.

### **5.3 Beitrag zur Europäischen Beschäftigungsstrategie**

Die Mitgliedstaaten der EU wurden im Rahmen der europäischen Beschäftigungsstrategie (EBS) angehalten, ihre Beschäftigungspolitik mit eindeutigen Zielvorgaben zu versehen. Mit Festlegung der Schwerpunkte und Maßnahmen hat die Seestadt Bremerhaven in Abstimmung mit dem Land Bremen in dem Operationellen Programm-Aktivitäten (Maßnahmen) vorgesehen, die einen Beitrag zur Europäischen Beschäftigungsstrategie im Programmgebiet leisten werden.

Zur Förderung der Beschäftigungsfähigkeit wurde insbesondere bei der Definition der Schwerpunkte 1 und inkl. der dazugehörigen Maßnahmen und Projekte des Schwerpunktes II – „Arbeitsmarkt und Soziales“ sichergestellt, dass die Menschen im Programmgebiet u. a. durch geeignete Qualifizierungsvorhaben die nötigen Fähigkeiten erwerben können, um ihre Chancen auf dem Arbeitsmarkt zu nutzen. Das Projekt „Schule im Quartier“ dient der Verbesserung der Lebenssituation von Kindern, Schüler/-innen und Eltern durch die Einführung veränderter pädagogischer Betreuungsformen. Durch das Projekt werden beispielsweise die Sprachkenntnisse der Kinder aus dem Kindergarten, insbesondere von Kindern aus Migrantenfamilien, gefördert.

Zur Unterstützung der Anpassungsfähigkeit des Unternehmergeistes sind Maßnahmen geplant, die die Existenzgründung, die Sicherung und Weiterentwicklung von Unternehmen sowie die Anstellung und Weiterqualifikation der Mitarbeiter fördern sollen. Das Activity-Center Lehe (ACL) und das t.i.m.e.Port-Management bieten die notwendige organisatorischen Voraussetzungen zur Vernetzung und Optimierung bei der beruflichen Qualifizierung und Existenzgründung von Personen aus dem Programmgebiet.

---

<sup>2</sup> Darin ist festgelegt, dass Beihilfen, die einen Gesamtbetrag von 100.000 Euro innerhalb von drei Jahren nicht übersteigen, den Handel zwischen Mitgliedstaaten nicht beeinträchtigen und / oder den Wettbewerb zu verfälschen drohen. Sie fallen daher nicht unter Artikel 87 Absatz 1 EG-Vertrag.



## 5.4 Querschnittsaufgabe Ökologie

Grundsätzlich fanden die gemeinschaftlichen Rechtsvorschriften für den Umweltbereich Beachtung. Vor allem wurden die Vorschriften der deutschen Baugesetzgebung und der Naturschutzgesetze bei Planungen im Berichtszeitraum konsequent angewendet. Die entwickelten Schwerpunkte und Maßnahmen orientieren sich am Prinzip der ökologischen Nachhaltigkeit.

Unter den Stichworten „Schutz und Verbesserung der bebauten Umwelt“ sowie „Förderung ressourcenschonender Siedlungsstrukturen, Minimierung des Flächenverbrauchs und der Zersiedlung“ ist die bereits in wesentlichen Teilen realisierte Maßnahme 1.1 (Flaggschiffprojekt Technologiepark – t.i.m.e.Port I) zu beachten. Hier wurde durch die Aufwertung eines ungenutzten, über 100 Jahre alten, historisch wertvollen Gebäudes bereits ein gewichtiger Beitrag geleistet, und zwar dergestalt, dass die wertvolle Bausubstanz durch die Umbaumaßnahmen erhalten wurde und zudem einer neuen, sinnvollen Nutzung zugeführt werden konnte. Summa summarum: Eine ansonsten weiter verfallende Gewerbebrache wurde aufgewertet, einer neuen nachhaltigen Nutzung zugeführt und dabei ein zusätzlicher Flächenverbrauch vermieden.

Im Rahmen der Entwicklung des Geeste-Ufers liegt der Schwerpunkt darauf, die Gewässerufer für die Allgemeinheit zu öffnen. Dabei wird besonders auf die Schaffung von freiraumbetonnten Verbindungen zum Landschaftsraum Geeste-Niederung hingewiesen. Vor allem aber soll die Entwicklung von naturnahen Uferbereichen ermöglicht werden, um mit einer langen Grenzlinie von Wasser und Land den Wechsel von Ebbe und Flut stärker zu betonen bzw. die Bedeutung von Bremerhaven als „Stadt am Wasser“ überhaupt sicht- und erlebbar zu machen. Aufgrund der mangelhaften Biotopsituation sollen bei der Entwicklung des Geeste-Ufers außerdem die vorhandenen ökologischen Potenziale genutzt und verstärkt werden. Als übergeordnetes räumliches Ziel wird angestrebt, einen Biotopverbund vom Innenstadtbereich bis zum Wilden Moor über die Polder Bramel-Ost, Polder Löhmoor, Altluneberger- und Fleinsensee zu entwickeln. Idealerweise soll somit schrittweise ein „Park“ mit atypischen Strukturen sowie kulturhistorischer Bedeutung an den Geeste-Ufern geschaffen werden.

## 5.5 Querschnittsaufgabe Chancengleichheit

Das URBAN II-Programm der Seestadt Bremerhaven hat Chancengleichheit in Übereinstimmung mit den bundes- und landespolitischen Zielsetzungen als Schwerpunkt- bzw. Querschnittsziel definiert. In der Umsetzung des Programms wurde auch im Berichtsjahr u. a. der gleichberechtigte Zugang von Frauen und Männern zu Arbeitsplätzen und die Gleichbehandlung am Arbeitsplatz sichergestellt. Im Schwerpunkt 2 wurden zudem spezielle Aktionen durchgeführt, um Frauen über Qualifizierung und passgenaue Vermittlung den Zugang zum Arbeitsmarkt zu erleichtern. Das Projekt „Arbeit für Frauen im URBAN II-Gebiet“ bietet durch eine maßgeschneiderte Beratung, Qualifizierung und integriertem Betriebspraktikum und eine passgenaue Arbeitsvermittlung der Zielgruppe die Chance auf eine sozialversicherungspflichtige Beschäftigung im 1. Arbeitsmarkt.

Zudem wird darauf hingewiesen, dass die Daten zur Begleitung und Bewertung der Maßnahmen überwiegend nach Geschlechtern aufgeteilt erfasst werden, sodass ein laufendes Controlling gesichert ist.

## Anhang

### Programm des Landes Bremen, 2000 - 2006

Finanzielle Abwicklung des Programms URBAN II (2000 - 2006)

Mittelbindung und Zahlungen in €

Schwerpunkte/Maßnahme	genehmigter Betrag in € für das gesamte Programm	Zeitraum von: 1.1.2002 bis: 31.12.2002				Zeitraum vom Programmbeginn bis: 31.12.2002 kumuliert			
		Mittelbindungen		Zahlungen		Mittelbindungen		Zahlungen	
		per Meldebogen	Anteil an gesamt	geleistet	Anteil an gesamt	per Meldebogen	Anteil an gesamt	geleistet	Anteil an gesamt
		in €	in %	in €	in %	in €	in %	in €	in %
<b>Wirtschaftliche Entwicklung</b>	<b>11.024.000,00</b>	<b>5.852.000,00</b>	<b>53,08</b>	<b>2.744.313,68</b>	<b>24,89</b>	<b>11.024.000,00</b>	<b>100,00</b>	<b>3.521.121,95</b>	<b>31,94</b>
Technologiepark	10.000.000,00	5.852.000,00	58,52	2.658.680,54	26,59	10.000.000,00	100,00	3.435.488,81	34,35
Stadtteilmanagement	1.024.000,00	0,00	0,00	85.633,14	8,36	1.024.000,00	100,00	85.633,14	8,36
<b>Arbeitsmarkt/Soziales</b>	<b>4.104.000,00</b>	<b>2.384.021,52</b>	<b>58,09</b>	<b>284.590,04</b>	<b>6,93</b>	<b>2.384.021,52</b>	<b>58,09</b>	<b>284.590,04</b>	<b>6,93</b>
Qualifizierung / Existenzgründung	3.300.000,00	1.924.021,52	58,30	241.673,15	7,32	1.924.021,52	58,30	241.673,15	7,32
Soz. Maßn. im Programmgebiet	804.000,00	460.000,00	57,21	42.916,89	5,34	460.000,00	57,21	42.916,89	5,34
<b>Städtebauliche Erneuerung/Ökologie</b>	<b>3.708.000,00</b>	<b>0,00</b>	<b>0,00</b>	<b>1.639.581,84</b>	<b>44,22</b>	<b>3.708.000,00</b>	<b>100,00</b>	<b>1.641.410,42</b>	<b>44,27</b>
Revitalisierung Stadtteilzentrum	2.800.000,00	0,00	0,00	1.625.822,32	58,07	2.800.000,00	100,00	1.627.650,90	58,13
Entwicklung Geeste-Ufer	908.000,00	0,00	0,00	13.759,52	1,52	908.000,00	100,00	13.759,52	1,52
<b>Technische Hilfe</b>	<b>992.000,00</b>	<b>0,00</b>	<b>0,00</b>	<b>93.718,71</b>	<b>9,45</b>	<b>992.000,00</b>	<b>100,00</b>	<b>100.476,36</b>	<b>10,13</b>
Begleitung, Bewertung	744.000,00	0,00	0,00	64.014,13	8,60	744.000,00	100,00	70.127,22	9,43
Publizität, Erfahrungsaustausch	248.000,00	0,00	0,00	29.704,58	11,98	248.000,00	100,00	30.349,14	12,24
<b>Gesamt</b>	<b>19.828.000,00</b>	<b>8.236.021,52</b>	<b>41,54</b>	<b>4.762.204,27</b>	<b>24,02</b>	<b>18.108.021,52</b>	<b>91,33</b>	<b>5.547.598,77</b>	<b>27,98</b>